

Volksmacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Glatzstraße 4/6, durch die Buchhandlungen des „Volksmacht“, Neus-Gauppstraße 6 und Friedrich-Wilhelm-Str. 106, Wollschloßstraße 155, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. - Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 6.-20 Rnt. + 8 Pf. Trägerlohn - 0.50 Rnt., monatlich 1.75 Rnt. + 85 Pf. Trägerlohn - 2.10 Rnt. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.45 Rnt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse. Geschäftsstelle 217 32, Redaktion 217 38
Postfach-Nr. 105, Postfach-Postamt Breslau Nr. 5852.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Unserlangt eingelaufene Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Verleumdungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Glatzstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Das Osthilfegesetz

im Ostauschuss angenommen

Der Ostauschuss des Reichstages nahm am Dienstag das Osthilfe-Gesetz an, unter anderem wurden auch Entschärfungen beschlossen, nach denen die Maßnahmen zur Frachtsenkung, zur Lastensenkung und zur Förderung der wirtschaftlichen, gewerblichen, sozialen und kulturellen Aufgaben auf die ganze Provinz niederzuschließen, auf Oberschlesien und Pommern bis an die Obergrenze ausgedehnt werden sollen. Unternehmungen, die ganz oder zum größten Teil innerhalb des gefährdeten östlichen Grenzgebietes liegen, sollen nach einer weiteren Entschärfung mit Wirkung vom 1. Juli 1930 von der Aufbringungslast befreit werden.

Wenn es anders gekommen wäre

Paris, 2. Juli. (Eig. Funterbericht.) Der sozialistische Parteiführer Leon Blum teilt heute im „Populaire“ mit, daß Mussolini vor wenigen Wochen in Berlin mehrere Vorschläge zu einem deutsch-italienischen Bündnis gemacht habe. Sein Angebot sei aber sowohl bei der augenblicklichen Reichsregierung (Blum unterzeichnet augenblicklich) wie auch beim Reichspräsidenten auf eine kategorische Ablehnung gestoßen. Es sei dies das Verdienst, fährt Blum fort, jener Politik der Verständigung und Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland, die dank der unermüdeten Forderungen der französischen Sozialistischen Partei eingeleitet worden sei und die jetzt zur Räumung des Rheinlandes geführt habe. Wenn man aber nach dem Wunsche der französischen Ueberpatrioten mit Zwangsmaßnahmen nach

dem Muster der Ruhrbesetzung weiter gegen Deutschland vorgegangen wäre, so wäre ein feindlicher Block zwischen Italien und Deutschland gegen Frankreich zustande gekommen.

„Times“ für sofortige Rückgabe des Saargebietes

London, 1. Juli (Eigener Drahtbericht) Ein der Rheinlandräumung gewidmeter Leitartikel in der Dienstaube der „Times“ beschäftigt sich zum Schluß mit der Saargebietfrage. Die führende englische Zeitung sagt, der Friedensvertrag habe Frankreich für seine im Weltkrieg zerstörten Kohlengruben die wirtschaftliche Ausnutzung der Saarbergwerke zugesprochen. Heute fördere Frankreich auf eigenem Boden jährlich mehr Kohle als vor dem Kriege und der Zweck der durch den Friedensvertrag getroffenen Maßnahmen sei deshalb erfüllt. Es gebe jedoch noch andere Gründe, die für die Verklärung der vorgezeichneten Besetzung des Saargebietes sprächen. Das sei vor allem der unzweifelhafte Willen der Bevölkerung, mit Deutschland wieder vereint zu werden. Das Ergebnis der Volksabstimmung stehe heute schon fest. Frankreich selbst sei sich schon längst darüber klar und habe die anfänglichen Gegenversuche aufgegeben. Im Interesse des deutsch-französischen Ausgleichs und im Interesse Frankreichs liege es deshalb, das Saargebiet jetzt schon zurückzugeben, trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten und nicht erst die vorgesehene Frist von 15 Jahren ablaufen zu lassen.

Diktatur in Polnisch-Schlesien

Der Kampf um das Budgetrecht, Senatorenkonvent schlägt Grazinski-Kompromiß ab Regierung vertagt die Session des Sejm

Am Montag beschäftigte sich der Senatorenkonvent (Wojewodentrat) des schlesischen Sejms mit dem Budgetkonflikt. Der Wojewode vertrat den Standpunkt, daß der schlesische Sejm verpflichtet sei, das vorgelegte Budget ohne jegliche Aenderung anzunehmen, nachdem der Wojewodenschatzrat es beschloffen und der Finanzminister die Bestätigung ausgesprochen habe. Der Wojewode schlug dem Senatorenkonvent ein Kompromiß vor, wonach der schlesische Sejm sofort zu dem Budget

eine Zusatzverordnung

beschließen soll, die es ermöglichte, daß gewisse Positionen des Budgets, welche vertraglich noch nicht festgebunden sind, geändert werden könne. Korfank lehnte diesen Vorschlag mit der Begründung ab, daß er gesetzlich nicht zulässig sei und durch eine Annahme dieses Vorschlages der schlesische Sejm sich aller Rechte über die Beschlußfassung des Budgets begeben würde und für die Zukunft die Regierung eine Handhabe hätte, dem schlesischen Sejm überhaupt zu kassieren. Der Deutsche Klub vertrat grundsätzlich den gleichen Standpunkt, war jedoch der Ansicht, daß theoretisch das Recht der Beschlußfassung über das Budget dem schlesischen Sejm vorbehalten werden müsse. Da natürlich auch der Sozialistische Klub dieses Kompromiß um grundlegende Rechte des Parlaments ablehnte, war eine gütliche Beilegung des Konflikts unmöglich geworden. Gestern wurde dann eine

Verfügung des Staatspräsidenten

die beziehungsweise vom 29. Juni datiert, also vom Wojewoden in Reserve gehalten worden war, bekanntgegeben, nachdem die gegenwärtige Session des Sejms der autonomen Wojewodschaft Schlesiens auf unbestimmte Zeit vertagt wurde. Der Wiederparlamentarismus ist nicht angegeben. Die für gestern anberaumte Sitzung ist daher nicht mehr zusammengetreten.

Praktisch bedeutet diese unerhörte Maßnahme den Versuch der Oberstenclique in Warschau, das Wahlergebnis, das eine Minderheit der Regierungspartei ergab, durch einen legalen Staatsstreich zu korrigieren. Wenn der Staatspräsident das Recht der Einberufung und Vertagung der parlamentarischen Körperschaften besitzt, so war bei Beschlußfassung der polnischen Verfassungsorgane natürlich nur an die regelmäßigen Unterbrechungen der Sessionen, an ein formales Recht, das sich selbstverständlich den Erfordernissen des parlamentarischen Betriebes anzuschließen hatte, gedacht. Hier aber wird dieses Recht mißbraucht, um einem der gegen die Mehrheit des polnischen Volkes regierenden Regierungsklassen gefassten Be-

Das Echo

Französische gegen deutsche Rechtspreffe Die Entgeisungen, die sich einzelne rechtsstehende deutsche Blätter bei der Kommentierung der Räumung zuschulden kommen lassen, geben verschiedenen französischen Zeitungen willkommenen Anlaß zu einer abwehrenden Kritik. Der „Intransigeant“ findet, daß Deutschland sich wenig dankbar für die vorzeitige Räumung erwiesen habe und befürchtet, daß durch sie der Politik der „immanenten Revolution“, wie ein deutsches Blatt die Politik Stresemanns bezeichnet habe, das Tor weit geöffnet worden sei. Ein Volk gibt dem anderen aus purer Lebenswürdigkeit, als einfaches Zeichen der gelbigen Abriistung sein Gebiet zurück - das andere aber öffnet den Mund, nur um zu rufen: „Gut, und jetzt die Saar, und jetzt Polen und nachher dies und nachher jenes.“ So sehen nach der lapidaren Darstellung des „Intransigeant“ die deutsch-französischen Beziehungen heute aus!

Der „Temps“ ist in seinen Kommentären nicht freundlicher. Er bemängelt in erster Linie, daß die vom Reichspräsidenten und der Reichsregierung gezeichnete Proclamation kein Wort über die Politik der deutsch-französischen Annäherung enthalte, die die logische Folge der Räumung darstellen müßte, und daß sie Stresemanns nicht gedanke. „Offenbar hätten sich die Reaktionen Schiele und Treutnanus bei einem solchen Hinweis allzu unbehaglich gefühlt“, stellt das Blatt fest und findet es erstaunlich, daß es die deutsche Regierung durch den Druck der Reaktion dazu habe kommen lassen, auf die Ehre seiner großen Kämpfer, denen sie so vieles dankt, zu verzichten. Außerdem findet es der „Temps“ wenig politisch, daß die Proclamation Hindenburgs und der Reichsregierung bereits am Tage der vollzogenen Räumung ostentativ das Saarproblem auf die Tagesordnung lege.

Eine weit freundlichere Beurteilung erfahren die Nebenbrauns und Wirts. Dem preußischen Ministerpräsidenten wird es hoch angerechnet, daß er sich „diskret bemüht habe, die Entgeisungen der Reichsregierung gutzumachen“.

Beginn der englisch-russischen Schuldenverhandlungen Anfang Juli

Nach Meldungen aus Moskau hat der Sowjet-Röschaffter in London, Solonikow, der von der Sowjet-Regierung zum Führer der Delegation für die Schuldenverhandlungen mit der englischen Regierung ernannt worden ist, die Erklärung abgegeben, er hoffe auf der Grundlage einer Erleichterung der russischen Schuldenzahlungen durch englische Kredite ein provisorisches Abkommen zustande zu bringen. Die sowjetrussische Delegation wird Anfang

Kurze Meldungen

Proteststreik um die Verhaftung Mehru

Bombay, 2. Juli. (Eigener Funterbericht.) Das Protest gegen die Verhaftung und Beurteilung von Mehru haben außer Bombay auch alle anderen größeren indischen Städte einen eintägigen Streik veranlaßt. Teilweise beteiligten sich an dieser Protestaktion die Behörden und Schulen.

Zwangsetatifizierung für Berlin?

In der Dienstagssitzung des Berliner Stadtparlaments wurde der Umlageverteilungsbeschluß, der die Steuern festsetzt und die Verbindung zwischen Einnahmen und Ausgaben des Etats herstellt, einstimmig abgelehnt. Die Folge dieser Abstimmung dürfte die sofortige Zwangsetatifizierung der Reichshauptstadt durch den Oberpräsidenten der Mark Brandenburg sein.

Versammlungsverbot für die Nazis in Kassel

Kassel, 1. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Eine von den Nationalsozialisten für Dienstag abend einberufene Versammlung, in der Fried und andere Putschisten reden sollten, ist von dem Kasseler Polizeipräsidenten verboten worden. Die in Aussicht genommenen Parallelversammlungen und Umzüge sind ebenfalls verboten worden.

Unterzahlungen eines Spandauer Stadtschreibers

Der 24 Jahre alte Spandauer Stadtschreiber Paul Mohnte ist nach Unterschlagung von 12 000 Mark in Begleitung seiner Freundin nach Italien geflüchtet. Mohnte war seit 1 1/2 Jahren beim städtischen Gesundheitsamt in Spandau beschäftigt.

Doppeltes Todesurteil

Bauhen, 2. Juli. (Eigener Funterbericht.) Von dem Bauhener Schwurgericht wurden der 27-jährige, aus Schlesien stammende Steinbrucharbeiter Heinrich und seine 30-jährige Gattin, die Arbeiterin Krause aus Raudorf, zum Tode und lebenslänglichen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Beide hatten ein Verbrechen verübt und gemeinsam am 8. Januar im Walde bei Bischofswerda die Ehefrau Heinrichs ermordet und die Leiche an einem Baum aufgehängt.

Selbstmord eines deutschen Ehepaares in Paris

Paris, 2. Juli. (Eigener Funterbericht.) Der deutsche Ingenieur Harold von Eckard und seine Gattin, geborene Hauß, haben am Dienstag in Paris Selbstmord verübt. Die beiden Lebensmüden schloßen sich in die Küche ihrer Wohnung ein und vergifteten sich mit Leuchtgas. Eckard war seit vier Jahren in Paris in einer Motorenfabrik beschäftigt und schien in besten Verhältnissen zu leben.

6 Tote durch Gasvergiftung

London, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der nordenglischen Stadt West Hartlepool wurde am Dienstag ein Vater mit seinen fünf unerwachsenen Kindern erstickt aufgefunden. Der Tod ist auf Gasvergiftung zurückzuführen. Am Leben geblieben ist nur das jüngste, 1 Jahr alte Kind. Die Mutter war außer dem Hause, als der Vater die Gashähne öffnete. Arbeitslosigkeit und ein zerrüttetes Eheverhältnis haben den Mann zu der Tat getrieben.

Die Mängel der Deckungsvorlagen

Unter dem Druck der scharfen Kritik, die die ursprünglichen Finanzvorlagen der Reichsregierung gefunden haben, hat sich das Kabinett zu einer Reihe von Aenderungen verstanden. Dem Verlangen nach größerer Sparsamkeit hat die Regierung insofern nachgegeben, als jetzt statt der ursprünglichen vorgesehene 25 Millionen 100 Millionen an den Ausgaben des Reichs für das Jahr 1930 gestrichen werden. Wo diese Abstriche vorgenommen werden sollen, weiß die Regierung entweder nicht oder will sie nicht sagen. Sie verlangt vielmehr eine Ermächtigung, um diese Abstriche aus eigenem Ermeislen vorzunehmen zu können.

Es la der von der Regierung vorgeschlagenen Ergänzung zum Reichshaushalt bestimmt daher: „Bei den Ausgaben des ordentlichen Haushalts sind Beträge in der Gesamthöhe von 100 Millionen Reichsmark abzusehen, deren Höhe im einzelnen von der Reichsregierung festgesetzt wird.“ In dieser Ausschüttung des Reichstags liegt aber keinerlei sachliche Veranlassung vor. Für größere Sparsamkeit ist eine Mehrheit im Reichstag leicht zu erzielen. Wenn demnach die Reichsregierung diese Ausschüttung des Reichstags nicht wünscht, so bleibt nur die Annahme übrig, daß sie die Sparsamkeit am Wehretat zu vermeiden wünscht, obwohl sie hier am leichtesten durchzuführen sind. Auch die Deckungsvorlagen sind geändert worden. Die wichtigsten Aenderungen sind: 1. Alle Vorlagen, auf den nur

Reichshilfe nicht mehr nur nach der Beamten und ...

Die Verabschiedung der Ledigensteuer ist ein be- ...

Der ledige Arbeiter wird gleichzeitig ...

Hilfsmaßnahmen für die Rheinlande

Die Kommunisten stimmen dagegen - Mißtrauensanträge gegen Curtius und Stegerwald abgelehnt - Für die Kindererziehung hat es kein Geld

Der Reichstag nahm zunächst die von dem Abg. Effer ein- ...

Abg. Torgler (Komm.) gab eine Erklärung ab, die die ...

In der fortgesetzten Beratung des Stats des Reichsarbeits- ...

Abg. Münte (Chr.-Nat. Vp.) forderte eine Sicherung dar- ...

Abg. Dr. Pfeiffer (D. Vp.): Die Sozialpolitik ist mit schuldig ...

Abg. Frau Wendt (Komm.) lehnt Beihilfen für die ...

Abg. Beck (Ztr.) verlangt stärkere Förderung der ...

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald ...

Für die Notlage der Kleinrentner habe ich - so schließt der ...

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.) tritt für Ausdehnung der ...

Es folgen Abstimmungen. Die gleichlautenden Miß- ...

sowie auf Ratifikation der Genfer Wirtschaftsabvention. ...

Eine Entschließung der Kommunisten auf Aufhebung ...

Warum Preußen das Rheinland gesondert begrüßt

Der Aufruf der Reichsregierung zur Räumung ...

Die preussische Regierung war von Anfang an bereit ...

der Reichsregierung einen gemeinsamen Aufruf heraus- ...

Die holländische Antwort auf das Europa-Memorandum Briant

die zweite, die bisher am Quai d'Orsay eingegangen ist. ...

Der Prozeß Gerd Wieringer

Geschichte einer Liebe von Julius Wolffsohn

11) (Nachdruck verboten!) ...

belagert, stammt von Ihnen, Fräulein Grati. ...

Dr. Pfeiffer: „Ihr daß gegen Herrn Wieringer ist zu offe- ...

Die Landvolkbewegung

Die Klaffing und Untergang — Bormarck der Sozialdemokratie

Kiel, im Juli. (Eig. Bericht.)

Es ist noch gar nicht solange her, daß die rechtsradikale Bewegung des Landvolks und der Nationalsozialisten den Eindruck hervorzurufen versuchte, als sei der Westen der Provinz Schleswig-Holstein eine Mutterbruststätte jener Theorien und Praktiken der Politik, die ihre herrlichsten Blüten in den Bombenattentaten fand.

Nicht nur in Schleswig-Holstein selbst, auch in Deutschland um unsere Westküste einen etwas anreizigen Ruf. Wer in dem von Holstein sprach, redete zugleich von den Bombenattentaten oder von den nationalsozialistischen Sturmtruppen, die eingeschärft das Land und seine Bevölkerung beherrschten. So schlimm war es aber bei weitem nicht. In der Höhe der Dinge schon wesentlich anders aus und Aufmerksamkeit bewahrer, die zu Studiuzwecken von der hauptsächlichsten Presse uns einfland wurden, berichteten von der maßlosen Ueberhebung, die in den rechtsradikalen Blättern den Gewalttätigen Volk, Heim und Konfession beigegeben wurde. Wer den diesen und seine politischen Verhältnisse genau überprüfte, spürte schnell das zwar stille, aber zielbewusste Wirken der Republikaner und Sozialdemokraten, die unheimlich von dem „Schrei des Landes“ der Gewaltpropaganda der Rechtsradikalen entgegenwirkten.

Zugewandt ist es um die Landvolkbewegung still zu werden. Ihre Führer sind untereinander zerfallen und ihre Anhänger nicht minder. Die Bewegung, die Sprungkraft aufwies, ist ebenso plötzlich in die Ohnmacht zurückgefallen. Die Anhängertaten sollten das Mittel sein, die gesamte bäuerliche Bevölkerung mitzureißen. Ihre schließliche Wirkung war genau entgegengesetzt. Mit dem ersten Bombenattentat war auch der Schritt zum Abstieg gelang worden. Und trotz aller kampfartigen Bemühungen der letzten der Landvolkmobilisten stirbt die Bewegung schnell und sicher ab. Nicht einmal Herr Lubendorf, der sich am Ende das Landvolk zu seinem heiligen Erbe, konnte helfen, sondern war lediglich Anlaß zu noch schnellerem Niedergang.

Was die Landvolkbewegung an Anhängern verlor, ist — wie nach jeder extremen Bewegung zumeist der Fall zu sein pflegt entweder in das Lager der Indifferenten abgewandert oder zu Nationalsozialisten gestochen, die nach geschickten Einigungsversuchen das Erbe „des Landvolks“ antraten. Genau so, wie vordem die Redner des Landvolks sich rühmten, sind die einzigen und wahren Vertreter der ländlichen und kleinbäuerlichen Bevölkerung des holsteinischen Westens zu sein, genau rühmten von sich dasselbe als ihre Nachfolger die Nationalsozialisten. Nun wäre es durchaus verfehlt, den Zuwachs fortzusetzen zu wollen, der die Nationalsozialisten in der Tat zu verhängen haben. Aber auch ihre große Zeit ist vorüber. Sie gehen jetzt denselben Weg, den vor ihnen das Landvolk ging. Die Bewegung ist auch bei den Nazis mit einem nicht unbeträchtlichen Krach innerhalb der Führerschaft, der sich zwangsläufig bald auf die Unterführer und die Mitglieder ausdehnte. Denn auch die in jenseitigen Erscheinende nationalsozialistische Bewegung immer wieder verfehlt, daß sie „mit den Renegaten unerbittlich abgerechnet“ habe und die Partei intakt sei, so beweist einmal die ewige Wiederkehr dieser Behauptung, ferner aber auch uns vorliegende authentische Material, daß das Gegenteil richtig ist.

Die Nationalsozialisten Schleswig-Holsteins und ihre Bewegung haben an der eigenen Phrase und ihrer Unerschlichkeit. Die Niederlegung beschleunigen die republikanischen Organisationen, die sich im Westen der Nordmark eines beachtlichen Aufschwungs erfreuen. Anstatt der Führung der Sozialdemokratie ist die Aktivität in händigem Wachsen begriffen und nur der Länge an finanziellen Mitteln erlaubt es nicht, die Überhebung des Westens in dem schnellen Tempo zu betreiben, wie es möglich und auch notwendig wäre. Daß die Bevölkerung sich in den schwärzesten Teilen der Provinz bereit und gewillt ist, im Rufe der Sozialdemokratie zu folgen, beweist die starke Teilnahme an den letzten Versammlungen und Demonstrationen, in denen deutlich der Wille der Massen zur Abkehr von den politischen Gewaltmethoden der Rechtsorganisationen zum Ausdruck kam. Das zeigte vor allem auch die ungewohnte starke Beteiligung an der Wucht der Demonstration, die dieser Tage das von Landvolk und Nationalsozialisten heftig umstrittene Eiderstedter Bahnhofsgebäude in Norderdithmarshaus erlebte. 3000 Sozialdemokraten bevölkerten die Straßen des sonst so ruhigen Ortes. Die Sozialdemokratie hatte ihre Anhänger und die Freunde der Republik zu einer Demonstration gegen Landvolk und Nationalsozialisten aufgerufen. Dieser Aufmarsch hatte eine um so größere Bedeutung, als gerade Bahnhofsgebäude im Zusammenhang mit der Situation und den Terrorakten der Rechtsradikalen mehrfach genutzt worden war.

Wohle vor noch einem Jahre auch für die Bewohner der Provinz, wenn sie von dem Vorgehen der Nationalsozialisten in Westholstein hörten, das Wort gelten: „Im Westen nichts Neues“, so ist das heute schon beträchtlich anders geworden. Im Osten gibt es was Neues, auch im Westen Holsteins. Nämlich die hegemoniale und hoffnungslos vorstoßende Sozialdemokratie!

Totenehrung aus Anlaß der Rheinlandräumung

Reichs- und Staatsregierung legen Kränze an den Gräbern der verstorbenen Minister und auf den Gedenkstätten nieder. Am 1. Juli wird mitgeteilt: Aus Anlaß der Befreiung der Rheinischen Länder hat der Reichsminister des Innern namens der Reichsregierung an den Gräbern des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert und aller verstorbenen Reichsminister Kränze niederlegen lassen in dankbarer Erinnerung an die Verdienste dieser Männer um die Räumung der besetzten Gebiete.

Am Dienstag vormittag begab sich Reichsminister Dr. Brüning, begleitet vom Staatssekretär in der Reichsregierung Dr. Winter und vom Vertreter der Oberen der Reichsregierung Dr. Winter, auf den Garnison-Friedhof in der Hafenstraße, um dort einen Kranz von Eisenlaub im Auftrage des Reichspräsidenten und einen Lorbeerkranz namens der Reichsregierung nieder, um an diesem Tage dem unaussprechlichen Dank Deutschlands für seine Gefallenen im Weltkriege Ausdruck zu geben.

Die preussische Staatsregierung hatte zu gleicher Zeit Staatsminister Dr. Hitzler auf den Garnison-Friedhof entsandt, um gemeinsam mit der Reichsregierung die Toten des Weltkrieges durch einen Kranz zu ehren.

Von hier aus begab sich der Reichsminister zum Grabe des verstorbenen Reichsministers Stresemann und legte im Gedenken an seine großen Verdienste um die Befreiung der Rheinlande auch dort einen Kranz der Reichsregierung nieder.

Schmerzliche Gedenke für Räumung

Münch., 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichspräsident, Herr Hindenburg, hat an den verstorbenen Reichsminister des Innern, Dr. Brüning, die Gedenke für die Räumung der Rheinlande übertragen. Die Gedenke sind in der Gedenke für die Räumung der Rheinlande übertragen.

Warum die Arbeiter der Pfalz den Befreiungsfeiern fernblieben

Speyer, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

An den in der Pfalz veranstalteten amtlichen Befreiungsfeiern nahmen die Sozialdemokraten und die Freien Eisenbahner nicht teil. Sozialdemokratie und Freie Eisenbahner begründeten ihren Entschluß damit, daß der derzeitige bayerische Ministerpräsident Dr. Held der ungeeignete Mann sei, die erfreuliche Tatsache der Räumung zu feiern, weil er in völliger Verkennung der Interessen der Pfalz bis zuletzt durch zweideutige, feilschenden Art den Erfolg der vorzeitigen Räumung gefährdet habe. Die sozialdemokratische Bevölkerung der Pfalz war zu ihrer ablehnenden Haltung schließlich auch dadurch veranlaßt worden, daß sich im Gefolge der Regierungsmitglieder der Präsident des bayerischen Verwaltungsgerichtshofes, jener Herr von Kahr, unter dessen Führung in Deutschlands schwerster Notzeit die bayerische Regierung ihren Treubruch am Reich vollzog und offene Rebellion gegen die Reichsverfassung und die Reichsregierung leistete. Man braucht nur an jene hochverräterischen Verbrechen des amtlichen Bayern zu erinnern, die den Franzosen den Mut gaben, mit dem Separatismus noch einmal einen letzten Versuch der Vorreitung der Rheinlande und besonders der Pfalz vom deutschen Vaterlande zu machen, um die Berechtigung des Beschlusses der sozialdemokratischen Parteinstanzen der Pfalz zu verstehen.

Sachsens Volkspartei doch verhandlungsbereit

Dresden, 2. Juli. (Eig. Funfbericht.)

Die Deutsche Volkspartei hat sich bereit erklärt, an einer Besprechung der bürgerlichen Parteien über die Regierungsbildung teilzunehmen. Da aber erst am 4. Juli der Zentralkomitee der Deutschen Volkspartei Sachsens tagt, soll die Besprechung am Montag, dem 7. Juli, stattfinden.

Wie ein Dresdener Blatt meldet, hat Hitler jeden Angriff auf Deutschnationalen, Stahlhelmer und die bedenkliche Schwerindustrie unterjagt.

Am die Verstaatlichung der thüringischen Polizei

Weimar, 2. Juli. (Eig. Funfbericht.)

Der Thüringer Landtag beriet am Dienstag das Gesetz über die Verstaatlichung der Polizei. Die Sozialdemokratische Partei und die KPD erklärten, daß sie die Vorlage ablehnen würden. In der sozialdemokratischen Erklärung heißt es, die Partei sei grundsätzlich mit der Verstaatlichung der Polizei einverstanden. Sie opponiert aber dagegen, daß sich die Vorlage auf das Ermächtigungsgesetz stützt, das von der Linken als verfassungswidrig angesehen werde. Auch habe sie politische Bedenken, die in der Person des Polizeiministers Fried begründet seien, der einen diktatorischen und rechtswidrigen Gebrauch von seiner Polizeigewalt gemacht habe.

Die Vorlage wurde nach längerer Debatte dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Schwere Ausschreitungen in Kaiserslautern gegen frühere Separatistenführer

Kaiserslautern, 1. Juli. (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag morgen kam es hier zu schweren Ausschreitungen gegen die früheren Separatistenführer Rinke, Knobloch und Mallach. Die Menge, die an einer Befreiungsfeier teilgenommen und dem Alkohol reichlich zugesprochen hatte, demolierte zunächst das Haus des Kaufmanns Rinke und verbrannte sich dann vor dem Hause des Kaufmanns Knobloch, schlug hier die Fenster ein und zerstörte schließlich die Ladeneinrichtung. Die zertrümmerte Einrichtung und die in dem Laden befindliche Ware wurde auf die Straße geworfen. Als dieser Raubzug vollbracht war, wurde die Wohnung Knoblochs gestürmt und die gesamte Wohnungseinrichtung auf die Straße geworfen. Betten, Tische, Schränke und ein Klavier wurden zum Fenster hinausgeschleudert. Schließlich zündete der Mob im Hinterhaus die Werkstatt Knoblochs an. Der Dachstuhl brannte vollständig nieder, der Rest des Gebäudes konnte durch die Feuerwehr gerettet werden.

In der Theaterstraße wurde das verheerische Spiel wiederholt. In dem Laden des Kaufmanns Mallach wurden zunächst sämtliche Schaufenster zertrümmert. Auch hier warf man dann die Ladeneinrichtung und die Verkaufsgegenstände auf die Straße. Dann ging es in die Wohnung im zweiten Stock, die ebenfalls demoliert und deren Einrichtung durch die Fenster auf die Straße geworfen wurde. Einem auf der Straße befindlichen Mann fiel ein Fischhaken auf den Kopf, so daß er bewußtlos zusammenbrach. Die Polizei war machtlos. Als sie schließlich von der blauen Waffe Gebrauch machte und die Feuerwehr mit der Wasserstrahl eingriff, zog sich die Menge zurück. Drei Personen, die Stich- und Schlagverletzungen erlitten hatten, mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Die Täter, aus schließlich jugendliche Elemente, konnten festgestellt werden.

Wut bei Hugenberg

Die Presse des Herrn Hugenberg kann sich immer noch nicht darüber trösten, daß es der Obstruktion im preussischen Landtag nicht gelungen ist, die Regierung Weann zu werfen. Im Jörn darüber wird im Berliner „Tag“ eine kleine Geschichte erzählt, überschrieben: „Die Abgeordnete Else“. Eine Abgeordnete X habe nach den letzten Abstimmungen der Abgeordneten Y zugerufen: „Ja, Else, was sagst du? Nein, was?“ Dieser Zuruf hat einen Hugenbergmann zu folgendem Erguß veranlaßt: „Ach, Sie ahnen ja gar nicht, was ich empfind, als ich in der Wandelhalle des Landtags Ihr vertrauliches Zwiegespräch belauschen durfte. Ich sah Sie am Wasserkopf stehen und noch den Duft von Preßkopf mit Zwiebeln. Aus dem Rückenfenster sah ich Sie liegen im traulichen Gespräch mit Ihrer Liebwertin Genossin Z. Und über einen Hofwall Kindergeräusche und Koleristen hörte ich es rufen: „Ja, Else, was sagst du? Nein, was?“ Da stand plötzlich ein Blick in Ihren Augen, als hätte die Nacht vom dritten Hofboden Brüll bekommen.“ Das ist alles sehr gesagt, was? Da kommt die ganze Enttäuschung und die ganze getränkte Mühseligkeit eines deutschen nationalen politischen Wählerkreises zum Ausdruck, das sich immer noch nicht dreinsenden kann, daß im Landtag nicht mehr nur der abzustimmen hat, der nach dem Reichstag steht!

Die Flucht aus der Kaserne

Wer redet nach dem Stahlhelm? Es ist merkwürdig still geworden.

vorbei. Sein Ziel war die Verewigung der Kaserne — aber die Mitglieder wollen von der ewigen Kaserne nichts mehr wissen. Sie desertieren selbst in Pommern, wo sie doch durch den Druck der Großpartei in die Stahlhelmskaserne gepreßt werden. Es ist ein Kundschreiben der Sozialgruppe 1 des Stahlhelms bekannt geworden, in dem es heißt:

„Obwohl auf die Wichtigkeit des Sozialappells, der am 17. Juni stattfand, ausdrücklich hingewiesen war, sind Sie nicht dazu erschienen und haben es auch nicht für nötig gehalten, sich zu entschuldigen. Jeder Appell und jede Veranstaltung des Stahlhelms ist Pflicht. Sie wollen daher umgehend an die Geschäftsstelle schriftlich melden, weshalb Sie den letzten Appell nicht besucht haben. Sollte von Ihnen keine schriftliche Erklärung eingehen, so sieht sich die Führung genötigt, die sich daraus ergebenden Folgerungen zu ziehen. Wir müssen unbedingt mehr Interesse von Ihnen erwarten können.“

Das Kundschreiben ist verheißungsvoll. Es muß also eine ganz erhebliche Anzahl von Stahlhelmmitgliedern nicht mehr mitmachen. Wenn die Desertion solchen Umfang annimmt, dann versteht man, warum es stille um den Stahlhelm wird. Wer einmal aus der ewigen Kaserne desertiert, der wird sich natürlich auch nicht durch den Unteroffizier eines Kundschreibens beeinflussen lassen. Die Herren Offiziere von ehemals finden nicht mehr genügend gemeine Soldaten, die sich kommandieren lassen.

Immunität Weitzers aufgehoben

Der Geschäftsausschuß des Reichstages hat die Aufhebung der Immunität des deutschnationalen Abgeordneten Grafen Weitzers wegen Verleumdung des preussischen Innenministers Geesink beschlossen. Weitzers hat dem früheren Minister in einer öffentlichen Rede bemüht Verleumdung der Verfassung vorgeworfen.

Schlusstagung der europäischen Zollunion

Borbereitung einer deutsch-französischen Regierungskonferenz Paris, 2. Juli. (Eigener Funfbericht.)

Die Konferenz der europäischen Zollunion in Paris ist am Diensttag mit der Annahme einer Entschließung zu Ende gegangen, nach der möglichst bald eine deutsch-französische Regierungskonferenz zusammentreten soll, um den Zollvereinbarung zwischen den beiden Ländern als erste Vorstufe für den Europapakt zu verwirklichen. Loucheur verlangte dazu noch zur Vornahme der landwirtschaftlichen Krise den Abschluß eines kontinentalen europäischen Kartells für Weizen, Roggen und Kartoffeln. Der französische Oberminister für die Fremdenwerbung, der vierunddreißigste Minister im Kabinett Tardieu, forderte die sofortige Aufhebung des Paßzwanges, der ebenso nutzlos wie überholt sei.

Vom Mosauer Parteikongress

Moskau, 1. Juli.

Wie sehr mit einem Siege Stalins auf dem Parteikongress gerechnet wird, geht aus einem Leitartikel der „Iswestija“ hervor, der zu seinem großen Referat erklärte: es habe die Grundlagen für die politischen Entschließungen gegeben, die der Kongress annehmen wird.“ Gegenwärtig konzentriert sich das Interesse hauptsächlich auf die Frage, wie weit der Kongress gegen die Rechtsopposition vorgehen wird. Nach Stalins Rede sprach zunächst Kaganowitsch, einer seiner nächsten Mitarbeiter und Anhänger, der die Rechtsopposition scharf angriff und darauf hinwies, daß sie während der Vorbereitungen zum Kongress sich wieder sehr rühmig gezeigt habe, was bekanntlich in der Presse während der letzten Wochen vor dem Kongress nicht zum Ausdruck gekommen ist. Es scheint sich nur alles darauf zu beziehen, die als die eheamtigen Führer der Rechtsopposition immer noch „bedächtigen“ Rykow, Tomili, Bacharin und Uglanow zu einer „allgemein halbkreis und vollständigen Unterwerfung“ zu bringen. In welcher Form dies geschehen wird, ist noch nicht abzusehen. Uglanow hat jetzt vor dem Kongress bereits einen Versuch gemacht, seine Irrtümer abzuwehren. Feindselige Zwischenrufe und die Stellungnahme der Sowjetpresse haben ihn belehrt, daß das bloße Zugeständnis begangener Fehler als nicht genügend erachtet wird. Die einstigen Führer der Rechtsopposition sollen eben nicht nur dazu gezwungen werden, „Neue zu bekennen“, sondern auch gegen die einst von ihnen geführte Oppositionsgruppe selbst aktiv vorzugehen. Uglanow wird vorgeworfen, daß er sich um diese Stellungnahme zu „drücken“ veruche.

Fortsetzung der deutsch-polnischen Roggenverhandlungen am Freitag

Berlin, 1. Juli.

Die am vorigen Donnerstag in Warschau begangenen und am Sonnabend unterbrochenen Verhandlungen über die Verlängerung des deutsch-polnischen Roggenabkommens werden am kommenden Freitag in Berlin wieder aufgenommen werden. Als Verhandlungstage sind Freitag und Sonnabend in Aussicht genommen, was auf die Erwartung der Verhandlungsteilnehmer schließen läßt, daß es nunmehr gelingen wird, ohne weiteren Aufschub der Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis zu gelangen. Unter den Differenzpunkten, die eine Vertagung der Verhandlungen notwendig machten, befindet sich: wie der Ost-Export erfolgt, auch die Quotenfrage, d. h. die Frage des Anteils Deutschlands und Polens an den Verkäufen der Roggenkommission. In dem am 30. Juni abgelaufenen Abkommen war der Anteil Deutschlands auf 60 Prozent und der Polens auf 40 Prozent festgesetzt. Deutscherseits werden die Verhandlungen von demselben Vertreter mit Regierungskommissar Dr. Baade an der Spitze geführt werden.

Paris und Rom der Verhandlungen

Der Berichtstatter der „Times“ offenbar von Briand informiert, meldet das Ergebnis einer Besprechung zwischen dem italienischen Botschafter und der französischen Regierung. Danach seien nunmehr alle Verhandlungen zwischen Rom und Paris abgeschlossen. Auf dem üblichen diplomatischen Wege sollen im kommenden Monat zunächst die Kolonialfragen behandelt werden. Beträchtliche Fortschritt zu einem Abkommen seien bereits in den italienischen und tripolitischen Angelegenheiten erzielt. Nach der Beilegung der Kolonialfragen würden die in London nicht gelösten maritimen Meinungsverschiedenheiten besprochen werden. Bisher habe das Haupthindernis für die Besprechungen in dem heftigen Ton der Reden Mussolinis und in der scharfen Sprache der italienischen Presse gelegen. In dieser Beziehung habe die französische Regierung befriedigende Erklärungen erhalten und dadurch die Gesamtatmosphäre entspannt.

6 Monate Gefängnis für Moskau Mehl

Bombay, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Moskau Mehl, der verbotene Verkauf des öffentlichen Kornes, wurde im Juli 1920. Der Verkauf von Mehl, der von den Behörden verboten wurde, wurde im Juli 1920. Der Verkauf von Mehl, der von den Behörden verboten wurde, wurde im Juli 1920.



Heute
Mittwoch
2. Tag

Sommerverkauf

Nur
6 Tage



2⁵⁰ **Gartenkleid**
Inhaltreicher
Sonderwand mit
eingewebter Bor-
dure,
Eigene Fabrikat.

3⁴⁰ **Gartenkleid**
Kunstseidener
Sonderwand, ein-
farbiges Oberteil,
gestreifter Rock.
Eigene Fabrikat.

6⁹⁰ **Sportkleid**
für junge Damen,
reineisen. Tolle
mit Faltenrock u.
Zierknöpfen.
Größen 40-44.

9⁸⁵ **Kleid**
guter Trikot-Char-
meuse in aperten
Druckmustern m.
absteich. Garnitur.
Größen 40-44.

10 bis 40% unter Preis
2000 Sommer-Blusen
und
4000 Sommer-Kleider
mit und ohne Aermel, aus bedruck. Vell., Waschseide, Trikot-
Charmeuse sowie modernen Baidentoffen.

1000 Wollkleider
aus Wollrip, Rissopellin, Crêpe-Cald und Woll-Georgette, sowie
modernen Wollstoffen in englischem Geschmack für Sport u. Reise

1500 Morgenröcke
aus Waschmüll, Japankrapp, Wollmusselin, Kunstseiden-
Brokat, Seide und Winterstoffen



11⁵⁰ **Sportkleid**
gut. kunstseiden.
Tolle in hübschen
Streifenmustern,
mit Faltenrock und
Perlmutterknöpfen.
Eigene Anfertigung.

12⁷⁵ **Kleid**
guter Vollvolle in
modernen Druck-
mustern, mit rei-
cher Kräusen-
verzierung.

17⁹⁰ **Jackenkleid**
guter Schweizer
Vollvolle in apert.
Druckmustern, m.
Jabot u. Pilssee-
kräuschen.
Eigene Anfertigung.

24⁰⁰ **Kleid**
bestes reines
Crêpe de
apert. Druck-
muster m. absteich.
Georgette.
Eigene Anfertigung.



Damen-Bademantel
guter, bunterker-
ter Kräuselstoff.
Flotte Form.
7⁵⁰

Damen-Schwimmtrikot
einfarbiges Hös-
chen mit absteich.
gesteilt. Oberteil.
Größe 42
2²⁵

Luftbad- und Strandanzug
farbiges Höschen
m. buntgemustert.
Oberteil und ein-
farbigen Blenden.
3⁹⁰

Herren-Bademantel
best. Kräuselstoff,
apert. Karomuster
m. einfarb. Besatz.
Länge 125 cm
11⁹⁰
Lge. 140 cm 12.00

Ein Posten Golfjacken
aus reinem feinstwollenen Foulstuch, rot, mittel- oder
dunkelblau, sowie buntgestreift.
Früher A 28.75 u. 27.50, Jetzt **17⁵⁰**

ca. **200 kunstseidene Strickkleider**
Pullover und Rock, mit und ohne Aermel.
früherer Wert bis Mk. 60.—, Jetzt **14⁵⁰** und **19⁷⁵**

ca. **600 moderne Strickkleider**
aus Zephyrwolle und Wolle mit Kunstseide, einfarbig und buntgemustert.
Serie 1 **9⁷⁵** Serie 2 **12⁷⁵** Serie 3 **14⁷⁵**
Jetzt

Ein Posten Ternskleider
aus gutem weißen Sportpanama mit Faltenrock u. Pullover-
Ausschnitt.
Jetzt **3⁰⁰**

ca. **500 Pullover u. Lumberjacken**
Kunstseide in hübschen bunten Jacquardmustern.
früherer Wert bis Mk. 25.—, Jetzt **4⁹⁰** und **7⁰⁰**

ca. **1000 Damen-Pullover**
ohne Aermel, Wolle oder Wolle mit Seide, weiß oder farbig.
Serie 1 **2⁹⁰** Serie 2 **3⁹⁰** Serie 3 **4⁰⁰**
Jetzt

Ein großer Posten
echt japanischer
Morgenröcke
direkt aus Japan eingeführt, in
farbenprächtigsten Mustern.
Guter Werk-
stoff, Jetzt **11⁷⁵** in Kunst-
seide, Jetzt **13⁷⁵**

LEINENHAUS **Verlangen Sie ein Sammelbuch, falls Sie in mehreren Abteilungen kaufen!**

BIELSCHOWSKY

NIKOLAI-STR. BRESLAU ECKE HERREN-STR.

Die gesamten Bestände
Weißware
Kragen, Passen, Cachenez, Schals
in geschmackvollen Verarbeitung
20 bis 30 Prozent
unter
Preis.

Samilien-Anzeigen

Am 30. Juni 1930 verstarb nach langem, schwerem
Leiden mein lieber Mann und Vater, Bruder, Schwager
und Onkel, der pensionierte Verarbeiter
Karl Gulla
im Alter von 53 Jahren.
In tiefer Trauer
Marie Gulla nebst Sohn.
Beerdigung: Donnerstag, den 3. Juli, nachmittags
4 Uhr, von der Halle des St. Corpus-Christi-Friedhofes,
Kaulstraße, aus. 7390

Am 30. Juni verschied nach langem, schwerem
Leiden unser Kollege, der pensionierte Verarbeiter
Karl Gulla
im Alter von 53 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die freigegebenen Stellen werden durch
die Firma Gulla & Co. übernommen.
Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von
der Halle des St. Corpus-Christi-Friedhofes, Kaulstr.

Gesamtverband der Arbeitnehmer
Am Montag, den 30. Juli, verstarb unser Kollege,
der **Marshallpensionär**
Karl Gulla
im Alter von 53 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.
Beerdigung: Morgen, Donnerstag, 3. Juli, nachm.
4 Uhr, von der Halle des St. Corpus-Christi-Friedhofes.

Elegante gebrauchte u. neue
Anzüge - Mäntel
speziell nur im
Leihhaus Rupterschmiedestraße 32, I.

Genossen deckt Euren Bedarf bei
unseren Inserenten!

Robe-Theater
Telefon 58747
Mittwoch 11.15
bis einjel. Sonntag
2.15 bis 2.30
Die letzten Vorstellungen
des groß. Seviertelbühnen
Salvatorverkauf 1930
Neues von Max Opplis
WILHELM von Herrn Witten

Schönische
Philharmonie
Freitag, den 4. Juli
10.30 Uhr:
S. S. S. Park
Konzert
Orchest. Dr. Gg. Dehn

Zurück
Dr. Bogatsch
Augenarzt
Gartenstraße 47

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. 36300
Täglich 8 Uhr.
Der Sensationserfolg
der Sommerplatt
Dolly's Abenteuer
Operette i. 4 Bildern
von Herz und Versell
Musik von 111111
Ralph Benatzky
Leon Heuser und
Ivo Wimmer a. G.
Gegen Vorweisung
dieser Anzeige
50% Ermäßigung
an der Theaterkasse

Schlafzimmer
apert. Modell, Mahag., pol.
wegen kleiner Fabrik-Fehler
anzubieten, voll im 1930.
ständig komplett im 1930.
S. Brandl & Co.
Gartenstraße 47

Leerzimmer
für Oberpart mit Tisch
gestrichelt, nicht über 20.00.
monatlich. Offerten mit
Preisangabe mit. A. 243
an die Geschäftsstelle der

reizende
Ausstattung!
Leisige
Lachsiven!
sander
Beifall!
Landow-
revue: 111111
Komm zu mir
Die Revue, wie sie
Breslau sehen will!
Täglich 8,15 Uhr im

LEBICH
Bekanntes
Leerzimmer

Reisen
eine langjährig gewachsene
einstufige Wagnereisen
auf dem Rheine mit
einer von 100000
1930er Zeit & 1930er

Zeugen
gefordert
Die beiden Radfahrer,
Gürtler 10.9. max. ein 8.11.
Ede Kiste u. Hohenzollern
gefahren haben, wie ein
Radfahrer an das Auto an
und hübsch und bis dabei
Chaussee jureten, der
wohl auf dem Rabe gefahren
werd um Angabe ihrer Adressen
geben. Unkosten vergütet.
Hrs. Steger
Silberbrandstr. 22, 1. G.

Rudbaum-Schran
100 breit, Geseleg billig
verkauft.
Zustelver Gürtelstraße 6

Reisen
eine langjährig gewachsene
einstufige Wagnereisen
auf dem Rheine mit
einer von 100000
1930er Zeit & 1930er

Breslauer Nachrichten

„Garten“-Straße

Wertwürdiger Schmud in Breslaus Hauptstraße sollen die 56 Baumleihen den Ortsoberbäumen die Breslauer Rot veranschaulichen?

Zwischen Hauptbahnhof und Sonnenplatz bahnt sich bereits eine Hauptverkehrsstraße, die den Namen Gartenstraße erhalten wird. Ansehend ist ihr dieser Name zugelegt worden wegen der prächtigen Baumartpflanzung, die in vergangenen Jahren an dieser Straße in den Schritten tausender Blätter hüftete. Das ganze Straßennetz ist in den Schritten tausender Blätter hüftete. Das ganze Straßennetz ist in den Schritten tausender Blätter hüftete. Das ganze Straßennetz ist in den Schritten tausender Blätter hüftete.

Es würde bestimmt dieser Hauptverkehrsstraße, durch die der ganze Fremdenverkehr bewegt, keinen Abbruch tun, wenn er „Baumbestand“ schnellstens verschwinden würde, denn an sterbenden Bemerkungen Ortsoberbäumen ist es nicht, wenn aus dem Hauptbahnhof herauskommen und diese „Garten“-Straße als ersten Eindruck von Breslau wahrnehmen. Die Kosten dieser Baumbeseitigung dürften kaum so hoch sein, daß diese nicht unterschätzt würde und an Arbeitsträften mangelt es in Breslau gewiß nicht. Was in der Alleestraße nicht war, wo in diesem Jahre sogar neue Bäume angepflanzt werden, müßte wohl eigentlich erst recht eine Selbstverständlichkeit der Gartenstraße sein, wo man sich mit Rücksicht auf die Verkehrsentwicklung eine Neuanpflanzung überhaupt sparen könnte.

Nazis lärmen weiter

Der vergangenen Nacht wieder 11 Nazis verhaftet, unter zwei Gerichtsvollziehern und fünf Studenten.

In der vergangenen Nacht kam es wieder zu nationalsozialistischen Kundgebungen am Ring. Gegen 23,40 Uhr versammelten sich junge Burischen anzuhäufeln, die bald als zusammenstürzende Masse erkennbar wurden, die sich mit erhobenem Arm die Fauststempel begriffen. Wer immer noch Zweifel hatte, ob es sich um Nazis handelte, erhielt bald die Gewißheit, als sie in ihrem, ihre ganze geistige Armut verrätenden Kampfruf „Deutschland erwache — Jüden verreckt!“ bemerkbar machten. Kurze Zeit später trat ein Ueberfallkommando ein, aber da die Nazis bis fünfzig Burischen immer aggressiver wurden, wurde ein starker Polizeieinsatz mit Schußpolizei besetzt und diese begann an der Straße mit Hilfe des Gummiknüppels zu räumen. Insgesamt wurden dabei elf Personen festgenommen und in das Polizeigefängnis eingeliefert, bei deren Personalbestand die wichtigste Entscheidung gemacht wurde, daß sich unter den Festgenommenen zwei Gerichtsvollziehern und fünf Studenten befinden.

Wie die Polizei auf Anfrage erklärt, sollen sich diese zwar nicht aktiv an dem Widerstand gegen die Staatsgewalt beteiligt haben, aber dieser Beschuldigung ebenfalls ein wenig wertig, denn es ist kaum anzunehmen, daß die Polizei unter Festgenommenen unglücklicherweise sieben Unbeteiligte erwischen sollte.

Zu den Vorfällen in der Nacht zum Dienstag gibt die Polizei noch folgenden

Nachtrags-Pressebericht

aus: Die inzwischen stattgefundenen Ermittlungen betr. die Zusammenkünfte nach der Rheinlandsundgebung hatten folgendes Ergebnis:

Gegen 10,40 Uhr kam es an der Ecke Schweidnitzer, Agnes-Straße zu Zusammenrottungen von Angehörigen der SA, wobei die Polizei eintritt und die Ansammlung zerstreute. Die Angehörigen dieser Partei sammelten sich hierauf, die bereits im heutigen Pressebericht ausgeführt, in der Garve- und Feldstraße. Auch hier zerstreute die Polizei die Ansammlungen, wobei von Gummiknüppeln Gebrauch gemacht worden ist. Der Schuß, der bei dieser Ansammlung gefallen ist, stammt zweifellos von einer Scheintodpistole.

Die in der Garve- und Feldstraße auseinandergedragenen Personen schlossen sich hierauf erneut am Ring zusammen, wo die Polizei mehrfach die sich immer wiederholenden Ansammlungen in dem Gummiknüppel auseinanderbrachte. Gegen 3,30 Uhr trat der Ring sowie alle anderen Straßen das übliche ruhige Bild. Zu ernsthaften Verletzungen ist es in keinem Falle gekommen. Im Unterhospitäl-Hospital haben sich vier Personen zum Erbinden eingeliefert, die sofort wieder entlassen worden sind. Die Feuerwehr hat mit einem Krankenauto insgesamt 2 Personen mit einer Hausangestellte, welche eine leichte Kopfverletzung erlitten, sowie einen Mann, der von Krämpfen befallen war, in das Unterhospitäl-Hospital bzw. in die Heilanstalt Einbaumstraße geschafft. Sämtliche wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen bzw. Widerstandes vorläufig festgenommenen 18 Personen sind bereits wieder zur Entlassung gelangt.

In alle Elektrizitätsabnehmer!

Der Rundfunkempfang wird in steigendem Maße durch Störungen beeinträchtigt, die von elektrischen Motoren, von Haus- und gewerblichen Geräten mit Kleinmotoren, vor allem aber von sogenannten Hochfrequenz-Hellgeräten ausgehen.

Wir glauben, unseren Stromabnehmern zu dienen, wenn wir darauf aufmerksam machen, daß heute schon gute Störkühlmittel im Handel erhältlich sind, deren Verwendung beim Betrieb der obengenannten Geräte dringend empfohlen werden muß, um Störstrahlungen zu vermeiden. Für Hochfrequenz-Hellgeräte wird seit dem 1. April 1930 das VDE-Zeichen (Prüfungszeichen des Verbandes Deutscher Elektrotechniker) erteilt, soweit diese Geräte für den Rundfunk störungsfrei sind. Nach den Anschlussvorschriften der Städtischen Elektrizitätswerke dürfen nur mit diesem VDE-Zeichen versehenen Apparate — also nur Störkühlmittel — an Hochfrequenz-Hellgeräte — angeschlossen werden.

Zusätzliche Störkühlmittel verschiedener Fabrikate sind in dem Ausstellungstraum der Städtischen Elektrizitätswerke, Springstraße 14, Erdgeschoss, wochentäglich in der Zeit von 10—15 Uhr, zu besichtigen; wir raten unseren Abnehmern in ihrem eigenen Interesse dringend, von dieser Möglichkeit regen Gebrauch zu machen.

Sollte in besonderen Fällen der Einbau von Störkühlmitteln unüberwindlich sein, so raten wir, die genannten Geräte vorübergehend an einen anderen Ort zu verlegen, um die Störstrahlung zu vermeiden.

Auß dem Gerichtssaal

Holenträger sind kein gefährliches Werkzeug

wenn man damit seine Frau prügelt

Die Geschichte eines prügelnden Ehegatten, der auch einmal das letzte Wort haben möchte

Ein 43jähriger Reisender hatte im März d. J. seine um wenige Jahre jüngere Frau mit seinen Holenträgern schwer verprügelt. Der Ehemann war erst früh gegen 6 Uhr nach Hause gekommen und da ihm die Frau nun alterhand Vorwürfe machte, nahm er seine Holenträger und schlug auf die nur mit dem Hemd beledete Frau derart ein, daß sie eine Gehirnerschütterung erlitt. Die Verletzungen waren so schwer, daß sie einen Arzt in Anspruch nehmen mußte. Diese schmerzhaften Auseinandersetzungen waren zwar keine Seltenheit, aber diesmal stellte die Frau gegen ihren Ehemann Strafantrag wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges. Der angeklagte Ehemann bestritt, daß die Holenträger ein gefährliches Werkzeug seien, da er Schmalen und Metallteile in der Hand gehabt habe. Wie die Beweisaufnahme ergab, verdient der Mann bis 12½ Mark wöchentlich, gibt aber seiner Frau nur ein wöchentliches Kostgeld von 20 Mark, so daß diese gezwungen ist, noch als Seimarbeiterin tätig zu sein. Als nach der Mißhandlung die Frau in ihrer Woche kein Kostgeld und so kam es zu neuem Unfrieden und neuen Streitigkeiten.

Im Laufe der Verhandlung regte der Staatsanwalt und der Vorsitzende an, ob die Frau den Strafantrag nicht zurücknehmen wolle und ob sich beide nicht wieder ausöhnen möchten. Doch diese beiden Weisungen schienen nicht mehr so schnell zu einander zu finden. Den Strafantrag wollte die Frau nicht zurücknehmen und der angeklagte Ehemann erklärte, daß er mit einer Auslösung nur dann einverstanden sein würde, wenn es zu einer Aussprache käme, wo sie mal die Schnauze hält und er mal das letzte Wort hat. Beide Eheleute streben zwar voneinander fort, aber keiner möchte die Eheverhältnisse einrichten, weil jeder an der gemeinsamen Wohnung hängt und derjenige, der entweder freiwillig ausziehen oder durch eine Ehescheidung gezwungen würde, keine natürliche nicht so schnell eine Wohnung und so wehren sich beide entschieden gegen eine Trennung und müßten in unerträglichem Zusammensein weiterleben. Das Gericht sah in den Holenträgern kein gefährliches Werkzeug, zumal den Angeklagten nicht zu widerlegen war, daß er die Schmalen in der Hand gehalten hatte. Das Urteil lautete wegen einfacher Körperverletzung auf zehn Mark Geldstrafe. Das Werkzeug, die Holenträger, wurden mit Einwilligung der Frau dem Ehemann wieder ausgehändigt, der zwar nun die Holenträger, aber noch lange nicht die Hofen anhat.

Ein Arbeitgeber-Beisitzer vor Gericht

Wegen fortgesetzten Betrugs des Gerichts zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt

Vor dem Einzelrichter wurde am Montag eine Strafsache abgeurteilt, die wie eine Komödie annahm. Ein Mann, der selbst so und so oft als Laienrichter über andere zu Gericht gesessen hatte, war wegen fortgesetzten Betruges angeklagt. Da er seine Arbeitskraft als Arbeitgeberbeisitzer beim Arbeitsgericht oft und gern zur Verfügung stellte, sah er in manchen Wochen vier- bis fünfmal. Sein Eifer war aber durchaus nicht so uneigennützig, im Gegenteil. Dieses Richteramt war für den früheren Tiefbauunternehmer Wilhelm eine gute Einnahmequelle. Denn seit dem sein Geschäft in Konkurs gegangen war, bezog er Wohlfahrts-

unterstützung. Als Laienrichter ließ er sich aber seinen als Tiefbauunternehmer angeblich entgangenen Verdienst bezahlen, den er für jeden Sitzungstag auf 30 bis 40 Mark berechnete. Er ist zwar noch unbestraft, das Gericht würdigte aber bei Abmessen der Strafe die ganz unglückliche Unverschämtheit, insofern die Gerichtskasse zu schädigen, und verurteilte ihn zu sechs Wochen Gefängnis. Verwunderlich ist nur, daß Wilhelm seine Betrügereien lange Zeit hindurch treiben konnte, ohne entlarvt zu werden. Arbeitnehmerbeisitzer werden genauer auf Verdienst und Einnahme geprüft.

Wieder ein Landesverratsprozess

Vor dem Ersten Straifenat des Oberlandesgerichts Breslau hatte sich am Sonnabend der 30 Jahre alte Borarbeiter Johann Jelawski wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse zu verantworten. Jelawski ist preussischer Staatsangehöriger. Er lebte bis zu seiner Verhaftung, die am 16. März dieses Jahres erfolgte, in Hindenburg-Labor. Zur Verhandlung waren zwei Zeugen aus Gleiwitz und Hindenburg und Hauptmann von Rintelen-Berlin als Sachverständiger geladen. Nach der Anklage soll er in Hindenburg und in anderen Orten verächtlichen Landesverrat betrieben haben. Jelawski hat auf verschiedenen Gruben in Oberschlesien gearbeitet und hatte einen wöchentlichen Verdienst von 60 bis 80 Mark. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Urteil lautete wegen versuchten Verrats gegen § 3 des Spionagegesetzes auf zwei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust. Die Untersuchungshaft wird ihm auf die Strafe angerechnet. Die beschlagnahmten 55 M. werden eingezogen.

Drei Jahre Gefängnis für Spionage

Unter der Anklage des Verrats gegen das Spionagegesetz hatte sich vor dem Ersten Straifenat des Oberlandesgerichts Breslau der 43 Jahre alte Adertücher Josef Bonicka aus Granow, Kreis Groß-Wartenberg, zu verantworten. Der Angeklagte, der preussischer Staatsangehöriger ist, wurde am 7. Januar dieses Jahres verhaftet. Die Anklage legte ihm zur Last, in den letzten drei Jahren fortgesetzt im Kreis Groß-Wartenberg Spionage getrieben und das Material an eine ausländische Behörde ausgehändigt zu haben. Zu der Verhandlung waren acht Zeugen geladen, vornehmlich aus dem Kreis Groß-Wartenberg, aber auch solche aus Neumittelwalde und aus Delmenhorst. Als Sachverständiger war Hauptmann von Rintelen-Berlin anwesend. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Urteil lautete unter Jubilation mildernder Umstände auf drei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust. Die Untersuchungshaft wird ihm auf die Strafe angerechnet.

Der tschechische Fliegerleutnant wegen Raubvergehens verurteilt

Vor dem Berechtigungsgericht hatte sich am Dienstag der 27jährige tschechische Fliegeroffizier Karl Sehor wegen Raubvergehens zu verantworten. Er, der einigermaßen deutsch spricht und versteht, war am 27. Juni dieses Jahres bei Leobischitz ohne gültigen Paß über die deutsche Reichsgrenze mit dem Flugzeug gekommen. Nach den Gründen befragt, weshalb er desertiert sei, erklärte er, daß er in der Heimat ungerecht behandelt worden wäre und er frei sein wollte. Da einen Paß zu erlangen, für ihn mit Schwierigkeiten verbunden war, beschloß er im Flugzeug nach Deutschland zu kommen. Ihm war bekannt, daß Breslau einen Flughafen hat. Hier wollte er das Flugzeug sicherstellen. Dem Antrage des Ersten Staatsanwalts entsprechend, verurteilte ihn der Richter wegen Raubvergehens zu drei Wochen Gefängnis und zu den Kosten des Verfahrens. Die Untersuchungshaft von drei Tagen wird ihm auf die Strafe angerechnet. Er erklärte, daß er die Strafe annehme.

Die Unterschlagungen bei der „Hageda“

Recht empfindliche Strafen gegen die Hauptangeklagten verhängt

Gestern kamen vor dem Erweiterten Schöffengericht jene Unterschlagungen bei der „Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker“ (Hageda) zur Verhandlung, die im April d. J. angekündigt wurden und erhebliches Aufsehen erregt hatten. Die Voruntersuchung hat ergeben, daß Chemikalien und kosmetische Artikel im Gesamtwert von etwa 75 000 Mark verstoßen resp. unterschlagen worden waren. In der Hauptsache handelt es sich um Codein, Jod, Jodbalsam, Coffein usw. Die Veruntreuungen erstreckten sich bis in das Jahr 1928. Der Haupttäter ist ein 23jähriger Drogist, der seit 1925 bei der „Hageda“ tätig war. Die gestohlenen Chemikalien wurden dann zu Höchstpreisen weiterverkauft, woran sich insbesondere ein bei der „Hageda“ beschäftigter Arbeiter, sowie ein Großhändler beteiligte. Diese beiden haben sich nach der Anklage der gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Hehlerlei schuldig gemacht. Diese drei Hauptangeklagten befinden sich seit dem 13. März d. J. in Untersuchungshaft. Außer diesen drei Personen erstreckt sich die Anklage auf sieben weitere Personen zum Teil Angestellte, zum Teil Arbeiterinnen und Aufräumfrauen, die bei der „Hageda“ beschäftigt waren. Sie haben sich mehr oder weniger an dem Verkauf der Waren beteiligt, resp. selbst gestohlene Ware gekauft, wodurch sie sich der einfachen Hehlerlei schuldig gemacht haben sollen. Außer den genannten Chemikalien wurden auch noch Benzol, Spiritus, Del, sowie Haarwasser, Kölnisch Wasser, Sanatogen, Kalas, Zahnbürsten, Kognak u. a. veruntreut und verkauft. Über den Ausgang des allgemein interessierenden Prozesses werden wir berichten.

und eine Kontrolle erfolgte, wurden Veruntreuungen von mehr wie 100 000 Mark festgestellt. W. gab bald zu, daß er Chemikalien und kosmetische Artikel im Werte von etwa 75 000 Mark entwendet hatte.

Sämtliche zehn Angeklagten waren auch vor Gericht geständig. W. und K. wurden wegen fortgesetzten Diebstahls zu je einjähriger Gefängnisstrafe, wegen gewerbs- und gewohnheitsmäßiger Hehlerlei zu einjähriger Gefängnisstrafe verurteilt. Bei weiteren sechs Angeklagten war eigentlich eine Anklage überflüssig. Sie hatten sich Gegenstände von ganz geringem Wert, wie Salben, Lanolin, Glycerin, leere Pyramidenflaschen usw., mitgenommen. Diese Kleinigkeiten spielten in dem großen Betriebe wirklich keine Rolle. Das Gericht verurteilte fünf dieser Angeklagten an Stelle von kleinen Gefängnisstrafen zu je 50 Mark Geldstrafe. Die Braut des W., die wegen Hehlerlei mitangeklagt war, wurde freigesprochen. Ein Autobesitzer, der sehr billig Benzol und Spiritus gekauft hatte, wurde an Stelle von 10 Tagen zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Der bei W. und B. gestellte Haftentlassungsantrag wurde abgelehnt.

Die Liebestragödie in der Steinauer Straße

Der Liebhaber erzählt, warum er seine Braut ermordete

Der Musiker Gustav Hoffmann, der am Montag vor-mittag in der Wohnung seiner Eltern in der Steinauer Str. 18 seine Braut Margot Antke erschossen hat und sich dann auf der Hofener Eisenbahnbrücke selbst das Leben zu nehmen versuchte, ist gestern aus dem Allerheiligen-Hospital in die Krankenabteilung des Untersuchungsgefängnisses überführt worden, da seine Verletzung sich als harmlos erwiesen hat, als anfänglich angenommen worden ist. Er konnte daher auch bereits vernommen werden und gab an, daß seine Braut bereits vor vier Jahren einmal die Bitte an ihn gerichtet habe, sie zu töten, oder mit ihr gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Beide seien aber damals wieder von dem Plan abgekommen, hätten neuen Lebensmut geschöpft und wollten versuchen, doch wieder ihr Schicksal zu meistern.

In der letzten Zeit hätten sich jedoch wieder die ver-

Schöne weiße Zähne. Auch ich möchte nicht verstehen, Ihnen meine größte Anerkennung und volle Zufriedenheit über die Chlorodont-Zahnpaste zu übermitteln. Ich gebrauche Chlorodont schon seit Jahren und ich werde es meiner schönen weißen Zähne oft beneiden, die ich letzten Endes nur durch den ständigen Gebrauch Ihrer Chlorodont-Zahnpaste erreicht habe. G. Krüger, Schwärz, Am Nitzschberg, Charlottenburg. Chlorodont-Zahnpaste 60 Pf. und 1 Mk., Zahnbürsten, Mundwasser 1 Mk. bei jeder Qualität. In allen Chlorodont-

Während der Ferienzeit... Die Ferien des Kindes...
 Die Ferien des Kindes sind ein wichtiger Bestandteil seiner Entwicklung. In dieser Zeit sollte er nicht nur spielen, sondern auch lernen. Die Eltern sollten darauf achten, dass das Kind in der Natur verweilt und sich mit Tieren und Pflanzen beschäftigt. Dies fördert seine Beobachtungsgabe und sein Interesse an der Welt.

Kindergärten während der Ferien
 Die Ferien des Kindes sind ein wichtiger Bestandteil seiner Entwicklung. In dieser Zeit sollte er nicht nur spielen, sondern auch lernen. Die Eltern sollten darauf achten, dass das Kind in der Natur verweilt und sich mit Tieren und Pflanzen beschäftigt. Dies fördert seine Beobachtungsgabe und sein Interesse an der Welt.

Wahrung, Eltern und Genossen!
 Quartierverteilung an auswärtige Kameraden
 Den Eltern, welche sich dankenswerterweise seit längerer Zeit schon bereit erklären, einen Fall zu beherbergen, wird mitgeteilt, daß an folgenden Sammelplätzen die Kinder am Freitag, dem 4. Juli, in die Quartiere verteilt werden.

Wir bitten die Eltern, zu dieser Zeit sich pünktlich an den Sammelplätzen einzufinden. Im Vorhinderungsfall wird der junge Quartiergast von Frauen begleitet.
 Liebe Eltern, noch reicht die Zahl der Quartiere nicht ganz aus. Wer noch für eine Nacht einen Fall beherbergen kann, meldet es sofort dem Genossen Marzahn, Karl-Marx-Str. 49. Die Meldung muß aber sofort abgegeben werden, sonst ist eine geordnete Unterbringung der Falten nicht möglich. Helft den auswärtigen Falten durch eure Hilfsbereitschaft und Solidarität zur munteren Weiterfahrt in ihre sozialistische, freudenzuckende Kinderrepublik!

Neuanschaffungen der Arbeiter Zentralbibliothek
 Ausschneiden und in den Katalog kleben!
 Gesellschaftswissenschaften

- 7400 Adler, W., Neben und Briefe.
- 7390 Adler, W., Neben und Briefe.
- 7395 Adler, W., Neben und Briefe. Arbeiterwohlfahrt.
- 7380 Arbeiter-Ausbildung in der deutschen Textilindustrie.
- 7385 Arbeiterwohlfahrt. Zeitschrift.
- 704,2 Cunow, H., Liebe und Ehe im Leben der Völker.
- 777 Dreher und Schumann, Die ökonomischen Vorbedingungen und das Werden der Organisation.
- 764 Dreisch, M., Frauen jenseits der Ozeane.
- 718 Eisenhüter, J., Im Schmelzebecken des Angehts.
- 718,1 Eisenhüter, J., Nacht und Arbeit in der europäischen Frühzeit.
- 7492 Kaulner, H. S., Amerikanische Wirtschaftsgeschichte, 1. Bd.
- 7492,1 Kaulner, H. S., Amerikanische Wirtschaftsgeschichte, 2. Bd.
- 7297 Fikser, L., Desimpertalismus.
- 7369 Ford, H., Das große Heute, das größere Morgen.
- 7181 Garbet, A., Die Bauhilfen.
- 7207 Gasterlind, Speite und Trant.
- 789 Girschfeld, M., Sexual-Erziehung.
- 7150 Herradin, J. F., Grundriss der Wirtschaftsgeographie.
- 7188,3 Kaufmann, S., Geschichte des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.
- 7171,10 Kaufmann, S., Festschrift zum 25-jährigen Bestehen.

Die Spielzeit ist zu Ende . . .

Die verflozene Spielzeit stand im Zeichen der Operntreue, die in Ruhe betrachtet, nur ein komplizierter Fall der allgemeinen deutschen Theaternot ist. Diese Krise ist die letzte Konsequenz einer Opernwirtschaft, die bei uns hier, ähnlich wie an vielen gleich gefährdeten Instituten, durch unzureichende künstlerische und wirtschaftliche richtungsgeloste Opernleiter herausgeschworen wurde. Kein Wunder, daß die Welle an die Tür pocht, nachdem unsere Intendanten jahrelang einer Amortisation der Oper im Sinne von Maßnahmen, die dem Bedürfnis der Gegenwart entsprechen, feindselig gegenüber waren. Die Gesellschaft hat sich geändert, eine neue ist an Stelle der alten mit getreten. Auf den neuen Menschen hat sich die Oper noch nicht eingestellt. Es ist ein geistiges, ein soziologisches und ein wirtschaftliches Problem, das zu der Krise führen mußte. Das Wirtschaftliche wurde nur, weil es am realsten in den Vordergrund trat und durch nichts verdrängt werden konnte, der letzte Anhalt. Denn stehen nicht heute noch die Tage langer Sorge in den Gliedern, die die Nachrichten von der Schließung der Oper brachten, bis doch schließlich in allen Zergewühlungen die Worte „Breslauer Oper geschlossen“ wie eine Bestätigung erschienen. Wir haben es erlebt, wie die Rettung der Stadt, daneben der Betriebe und Organisationen mitwarben für die Erhaltung der Oper. Der durch die Bürgerlichkeit fundierte Wille zur kulturellen Tat hat seinen Einbruch nicht verschafft. Der Staat erkannte unsere Oper, wie auch die Königsberger, Goethebücherei und Triest als notwendiges und unentbehrliches Kulturgut an und legte uns eine Festschrift zu. Breslauer Oper ist für ein weiteres Jahr geschlossen. Voraussetzung für die Fortführung über diese Zeit hinaus bildet in der Hauptsache die rationelle wirtschaftliche Bildung des Instituts. Denn der Zustand, den das Reich der Staat die Oper und die Stadt geben, ist in Widerspruch zu den wirtschaftlichen Mitteln selbstverwirklicht nicht allein. Um einen möglichst ausbalancierten Etat aufstellen zu können, war der Intendant vor die Aufgabe gestellt, in allen Bereichen des Betriebes zu verknüpfen. Die Opernwirtschaft ist ein kompliziertes System, das die verschiedenen Bereiche des Betriebes und den Verwaltungsbereich der Intendanten unter sich in der Zusammenarbeit verbindet, daß diese

Sozialdemokratische Partei
 Gemeindefraktion Nummer 101 - 102
 Telefon Nummer 1010 - 1020
 Gellner oder Gommert von 6-11 und 6-10 Uhr

Sozialistische Arbeiterjugend
 Montag, 2. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Dienstag, 3. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Mittwoch, 4. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Donnerstag, 5. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Freitag, 6. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.

Sozialistischer Kampfklub
 Montag, 2. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Dienstag, 3. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Mittwoch, 4. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Donnerstag, 5. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Freitag, 6. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.

Sozialistischer Kampfklub
 Montag, 2. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Dienstag, 3. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Mittwoch, 4. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Donnerstag, 5. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Freitag, 6. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.

- 785 Kern, E., Wie sie dazu kamen.
- 7149 Bederer, E., Grundzüge der ökonomischen Theorie.
- 779 Binsch, L., Die Revolution der modernen Jugend.
- 7151 Bjugow, A., Volkswirtschaft der Sowjetunion.
- 7680 Blajer, R., Die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne.
- 7180 Kapstadt, J., Wirtschaftsdemokratie.
- 7873,3 Kestelepe, S., Werden und Werden der Gewerkschaften.
- 768 Kiese, Herta, Die sexuelle Not unterer Zeit.
- 721 Kuffel, B., Die Kultur des Industrialismus und ihre Zukunft.
- 7978 Schwan, B., Die Wohnungsnot und das Wohnungselend in Deutschland.
- 7644,3 Seibel, R., Gewerkschaften im Kriege.
- 7650,3 Seibel, R., Gewerkschaftszeitung.
- 7644,3 Seibel, R., Gewerkschaften nach dem Kriege.
- 7179 Wagner, S., Geschicht und Gesellschaft.
- 7172,2 Weib, S. und B., Die genossenschaftliche Gemeinwirtschaft.
- 7177,1 Weib, S. und B., Die Genossenschaftsbewegung der Konsumumenten.
- 7295 Wenderle, E., Rab und Raum.
- 717 Wittfogel, R. A., Die Wissenschaft der bürgerlichen Gesellschaft.
- 7994 Wehrbuch der Wohlfahrtspflege.
- 7450 Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiterbewegung.
- 7491 Schraeder und Furtwängler, Das werktätige Indien.

Sozialismus
 801,8 Adler, Max, Der Marxismus als proletarische Lebenslehre.
 8400,1 Adler, B., Der Parteimann.
 8738 Adler, B., Internationale Taktik.
 8886 Adler, B., Vor Gericht.
 8888 Adler, B., Im Krieg und Frieden.
 8888,1 Adler, B., Parteigeschichte und Parteipolitik.
 8888,2 Adler, B., Oesterreichische Politik.
 8888,3 Adler, B., Kampf um das Wahlrecht.
 893,2 Bauer, D., Sozialdemokratie, Religion und Kirche.
 8736 Bergkrämer, L., Geschichte der politischen Parteien Deutschlands.
 8735 Braunthal, L., Die Wiener Julitage 1927.
 812 Balabanoff, Ang., Erziehung der Massen zum Marxismus.
 Die Bibliothek ist täglich von 10 bis 12 Uhr und von 16 bis 18 Uhr geöffnet. Sonnabend nachmittag bleibt die Bibliothek geschlossen. Eine zweite Ausgabe der Bibliothek befindet sich in Zimpel, Raumentlassensplatz, welche jeden Donnerstag von 5 1/2 bis 7 1/2 Uhr geöffnet ist.

Gibt Eure Anzeigen der Volkswacht

suchen herabgedrückt werden. Ein auf solche Weise vermindertes Etat wäre eine falsche Spekulation mit dem Publikum, das heute wie sonst nie einen diktatorischen Einfluß auf das Theater ausübt und sich hier verewöhnt durch Sport, Kino und Revue keine Durchschnittseinstellungen mehr gefallen läßt.
 Ein Ueberblick über den Spielplan der abgelaufenen Saison zeigt, daß für das Bedürfnis der Zeit-Oper wenig getan wurde. Weder der „Machtmittelpunkt“ noch „Schuld und Sühne“, noch die belanglose „Mabelleins Gutmaed“, ganz zu schweigen von der „Schwalbe“, sind Etappen in der Entwicklung des lebendigen Theaters. „Hansgotters „Judith“ war eine Tat, wenn auch das Werk nur in den Begleit dergerichte bildhafter Bühnenmuffen geblieben und der gewaltige dramatische Stoff nach keiner musikalischen Metarmorphose durchaus nicht neu erscheint. Mit Achtung gebieten wir das unverstandene Strömung „Reinhold Fuchs“ und der „Machtmittelpunkt“, der letzteren besonders als glücklicher Top einer neueren Märchenoper. Wenn wir des Anstands wegen noch „Hansgotters „Christelstein“ erwähnen, haben wir als Ur- bzw. Erstausführungen an unzerstörten Werke vorübergehen lassen. Von dem zum erstenmal hier gegebenen Operetten ist des „Lustigen Krieges“ immer wieder zu gedenken. Die uninteressanten „Ebenauer des Herrn „Calanooq“ lodien nur wenig an, dagegen drückt es der schneidige „Magurka-Oper“ auf eine ganze Reihe Wiederholungen. Das „Doch ohne Worte“ wird hoffentlich nach seinen drei Wiederholungen vom Spielplan wieder verschwinden.
 Von den gelegigen Kavaliersstudien verdient Donizettis „Eugene Onegin“ als erster Stelle besonderer Erwähnung. Die „Hochzeit des Figaro“ war weder musikalisch noch hinsichtlich ein besonderes Ereignis. Der „Kastellan“ blieb in der Ebene des Provinztheaters. Ohne „Salome“ keine Spielzeit. Eine Reihentafel aller Aufführungen erlebte die durch unzerstörten Kavaliersstudien jungen Regisseur Hubert Franz modernisierte „Götter“, Werke aus dem Repertoire der Spielzeit 1928/29 erlangten den Spielplan. Aus einer Aufführung war zu erleben, daß Wagner mit 12 Aufführungen an der Spitze steht, gefolgt von Verdi mit 8 und Puccini mit 10 Aufführungen.
 Der neue, bereits in der Montagnummer dieser Zeitung

Sozialdemokratische Partei
 Gemeindefraktion Nummer 101 - 102
 Telefon Nummer 1010 - 1020
 Gellner oder Gommert von 6-11 und 6-10 Uhr

Sozialistische Arbeiterjugend
 Montag, 2. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Dienstag, 3. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Mittwoch, 4. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Donnerstag, 5. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Freitag, 6. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.

Sozialistischer Kampfklub
 Montag, 2. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Dienstag, 3. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Mittwoch, 4. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Donnerstag, 5. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Freitag, 6. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.

Sozialistischer Kampfklub
 Montag, 2. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Dienstag, 3. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Mittwoch, 4. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Donnerstag, 5. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Freitag, 6. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.

Sozialistischer Kampfklub
 Montag, 2. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Dienstag, 3. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Mittwoch, 4. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Donnerstag, 5. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Freitag, 6. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
 Gellner oder Gommert von 6-11 und 6-10 Uhr

Sozialistische Arbeiterjugend
 Montag, 2. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Dienstag, 3. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Mittwoch, 4. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Donnerstag, 5. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Freitag, 6. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.

Sozialistischer Kampfklub
 Montag, 2. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Dienstag, 3. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Mittwoch, 4. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Donnerstag, 5. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Freitag, 6. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.

Sozialistischer Kampfklub
 Montag, 2. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Dienstag, 3. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Mittwoch, 4. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Donnerstag, 5. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Freitag, 6. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
 Gellner oder Gommert von 6-11 und 6-10 Uhr

Sozialistische Arbeiterjugend
 Montag, 2. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Dienstag, 3. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Mittwoch, 4. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Donnerstag, 5. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Freitag, 6. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.

Sozialistischer Kampfklub
 Montag, 2. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Dienstag, 3. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Mittwoch, 4. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Donnerstag, 5. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Freitag, 6. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.

Sozialistischer Kampfklub
 Montag, 2. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Dienstag, 3. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Mittwoch, 4. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Donnerstag, 5. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.
 Freitag, 6. Juli, 8 Uhr, im Stadionsplatz, 10 Uhr, im Stadionsplatz.

Bürgermeister fordert freien Wohnungswucher

Hausbesitzer-Tagung in Glogau — Eine merkwürdige Begehung Der Schrei nach dem Privateigentum — Sie wollen die Wohnungsnot beheben

Aus Glogau wird berichtet: Die diesjährige Tagung des silesischen Haus- und Grundbesitzerbundes namens der Stadtverwaltung Glogau von Oberbürgermeister Dr. Haffke begrüßt. Er sprach dabei die Erwartung aus, daß die freie Wirtschaft wieder zu ihrem Recht komme und die Zwangswirtschaft bald aufhöre. Die Stadtverwaltung hat großes Verständnis für die Tagung. Der Vertreter der silesischen Hausbesitzerverbände Glogau betonte, daß der oberste Grundsatz bei dem Kampf um die Befreiung der Wirtschaft die Befreiung des Privateigentums ist. Der Vorsitzende des silesischen Haus- und Grundbesitzerbundes, Rechtsanwalt Kiebel, betonte, daß der Hausbesitzer ein Teil unserer deutschen Gesamtwirtschaft ist. Grundbesitz ein Teil unserer deutschen Gesamtwirtschaft ist. Grundbesitz ein Teil unserer deutschen Gesamtwirtschaft ist.

„Kritik“, wie die englischen Textilkapitalisten in der großen Entwicklungsepoche dieser Industrie in fernem Abgelandern verurteilten, aber sie haben das selbe Prinzip recht häufig auf ihren Fall, auf ihren Kampf um ungeschmälerte Grundrentenspekulation und Wohnungswuchertätigkeit abgewandt. Sie sagen „Befreiung von der Wohnungsnot“, sie sagen „Vollvermögen“, sie reden von Befreiung aus „unwürdiger Bevormundung“ und meinen doch gar nichts anderes als ungeklärte Grundrentenspekulation des bebauten Raumes auf Grund der ihrem Nutzen günstigen Tatsachen unbeschreiblichen Wohnungsnots und Wohnungsmangels in Deutschland.

Ober glaubt jemand im Ernste, daß die privaten Hauseigentümer aus Selbstlosigkeit anständige Wohngebäude aufzuführen würden, weil sie „aus der Bevormundung der Behörden“ erlöst wurden? Das wäre ja fast perverts, und Berverfätschen trauen wir auch den silesischen Hausbesitzern nicht zu. Sie sind ganz biedere, normale Bürgerseelen, denen ihr Privateigentum etwas ebenso selbstgegebene erscheint, wie das Geld und der Hunger Millionen jener, die auch zu dem „Vollvermögen“, dessen Vermögen hier angeblich befreit werden soll. Daher gilt diesem Kampf der Profiteure, dem nicht einmal die schöpferische Leistung des industriellen Kapitals gutgeschrieben werden kann, den Ruf nach gemeinwirtschaftlicher Wohnangelegenheit entgegenzusetzen, die die Gemeinde Wien in hartem Kampf dank ihrer überwältigenden sozialistischen Mehrheit verwirklichen konnte.

Man muß sagen, die Herren Hausbesitzer verstehen den ihrer Zeit. Sie sagen zwar nicht „Christus“ und meinen

Frank reißt in Nazi-Prozessen

Ein Münchener-Prozess in Brieg

Der famose Gelegenheitsjournalist und Rechtsanwalt Frank aus München, der es so ausgezeichnet versteht, die Verurteilungen im Schweidnitzer Prozess zu „beleben“, scheint sich in diesen häuslich niederlassen zu wollen. Er verleiht nicht nur Unschuldslämmer aus dem Schweidnitzer „Vollgarten“, er tritt auch heldenhafte Gelegenheitsredakteure, die den Oberstaatsanwalt Schreiber zum „Juden“ stempeln oder den Landrat von Briesgauer Schöffengericht den bekannten und berühmten ehemaligen Pfarrer von Forstum, Herrn Münchmeyer, Münchmeyer ist bekanntlich jener merkwürdige Ehrenmann, als Pfarrer bei einer fremden Frau „um Material“ gegen den andelnden Arzt zu jammeln, die Schnittwunde einer „Bauschaltung“ unter der Bettdecke befühlt und sie küßt, wie Paulus Römerbriefe, Kapitel 16, die Brüder zu grüßen gelehrt, der es nicht unmöglich wurde, daß ihn sogar die nach rechts recht blame evangelische Kirche zum Teufel jagte. In Brieg hatte er wegen Beleidigung der Republik, der Reichsflagge und Reichshannern zu verantworten. Für das Reichsbanner hatten Genosse Hering und Genosse Steiner, Breslau dem Fahrten als Nebenkläger angehängt. In der Verhandlung schon viermal verlagert worden war, weil M. mit der Führung unbeschuldig weiterer beratiger Verhandlungen und der Vorbereitung dreißig noch ausstehender Verfahren „beschäftigt“ war, rden insgesamt 24 Zeugen vernommen, davon der größte Teil Lastungszeugen, die der Angeklagte erst am letzten Tage befragt hatte, die das Gericht aber freundschaftsweise alle anhörte. Während der Verhandlung kam es ähnlich wie beim Schweidnitzer Nationalsozialisten-Prozess zu mancherlei Zwischenfällen. So weigerte sich der Angeklagte einer Aufforderung des Vorsitzenden nachzukommen, und ein angestelltes Patentkreuzzeichen abzunehmen. Er wurde für diese Weigerung mit 50 Mark bestraft. Bei der Vernehmung eines Mitangeklagten mußte das Gericht wiederum eingreifen, da der Angeklagte dem Rechtsanwalt Foerder gegenüber auf eine Frage erwiderte, er lehne es ab, „einem Juden zu antworten“. Das Gericht hob in diesem Falle, den Zeugen mit 50 Mark zu bestrafen. Zeuge blieb auch nach der Bestrafung dabei, die Antwort verweigern, so daß das Gericht bereits beschließen wollte, den Angeklagten zur Auslieferung zu bringen. Nur dadurch, daß der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Frank-München die Frage verholte und der Zeuge nunmehr dieselbe beantwortete, wurde schließlich vollendet vor einer Haftstrafe bewahrt. Der Oberstaatsanwalt hatte insgesamt fünf Monate Gefängnis beantragt, während das Gericht mangels an Beweisen auf Freispruch erkannte. Sowohl Pfarrer Münchmeyer als auch der Verteidiger Dr. Frank wurden von den Briesgauer Nazis förmlich gelacht und sprachen am Abend in einer öffentlichen Versammlung. Staatsanwalt wird gegen die Freisprechung voraussichtlich Berufung einlegen.

Abgeblitzt!

Die gegen Görlitzer Konsumverein zusammengebrochen. Seit Monaten ist vor allem die mittelländische Presse in Leiden und anderwärts mit der Behauptung krebhen gegangen, Konsumverein Görlitz — bei dem bekanntlich durch das Kesselfeben der Krämerinteressenten einem durchaus bürgerlichen Amtmann die Funktionsausübung als Aufsichtsratsmitglied unmöglich gemacht wurde — habe Millionen Steuern hinterzogen. Sei mit hohen Strafforderungen belegt worden, aber der ihm zurechnende sozialdemokratische Reichsfinanzminister habe der arglistigen „Genossenschaft Steuern und Strafe „aus Billigkeitsgründen“ erlassen. Im Preussischen Landtag interpellierten Howe und Wossien, im Reichstag Dr. Wittenberg wegen dieses Falles. Die silesischen Mittelständler mußten sich sagen lassen, daß sie sich die falsche Adresse gewandt hätten, da es sich um eine silesische Sache handle. Ihre Freunde im Reichsparlament erörtern nun im Haushaltsausschuß den gebührenden Denksatz. Dr. Kellie nämlich kurz vor seinem Abgang der Reichsfinanzminister Dr. Mollenhauer fest, daß 1. die Behauptung über vorsätzliche Steuerhinterziehung des Konsumvereins Görlitz und die Festsetzung einer Strafsteuer zurückzuführen, 2. überhaupt kein Strafverfahren gegen diesen Konsumverein eingeleitet sei, 3. der Antrag Dr. Hilsbergs sich auf alle Genossenschaften beziehen habe und durch die Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes notwendig geworden sei. Die Nichtberechtigung der gegen den Konsumverein erhobenen Vorwürfe wurde von dem vorkonstitutierten Abgeordneten Dr. Cremer und dem Zentrumsabgeordneten G. A. D. bestätigt.

„Im günstigsten Falle Verfassung“

Vor einigen Monaten gaben die Nazis in Hirschberg i. N. S. ein Blatt heraus, durch das die Agitation für die im November dieses Jahres stattfindenden neuen Gemeindevorwahlen „be-

Wangel an Abonnenten sanft entschlofen; was zurückblieb, aber sind eine große Anzahl von Strafprozessen, die verschiedene Verleumdete gegen die „Redakteure“ dieses Nazi-Gesetzesschreibens angeklagt hatten. Mit diesen Strafprozessen beschäftigt sich seit einiger Zeit sowohl das Hirschberger wie auch das Landeshuter Schöffengericht. In allen Fällen wurden die Verleumder zu 200 bis 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Vor dem Schöffengericht in Landeshut, bei der dieser Tage wieder einer dieser Herrschaften zu 500 Mark Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt wurde, führte der Vorsitzende des Gerichts bei der Begründung des Urteils an, daß man bei den dauernden Unpöbelungen des Verurteilten zu der Heherzeugung gelangen müsse, derselbe sei geistig nicht mehr ganz normal, denn eine derart schmutzige Art und Weise, seine Parteideale zu verfechten, sei im günstigsten Falle als irrsinnig zu bezeichnen.

Leider scheinen nicht alle Richter in Schlesien das Nazi-Wesen in dieser überaus treffenden Weise erfassen zu haben.

Landeshut. Der Staat soll helfen. Im Kreislag lehnte die bürgerliche Mehrheit den Etat, der einen Fehlbetrag von 460.000 Mark aufweist, ab. Sie begründete ihre Haltung mit der Erklärung, daß der Staat dem notleidenden Kreis Hilfe bringen müsse. Der Landrat brachte klar zum Ausdruck, daß jede Hoffnung auf Staatshilfe trügerisch sei. Den Bürgerlichen ist dies auch gut bekannt; sie verzichten aber auf das Recht der Selbstverwaltung, um demagogisch erklären zu können, daß sie gegen jede Steuererhöhung sind.

Rynau. Nichtschwimmer im Paddelboot. Im Rielwasser eines Motorbootes kenterte ein mit zwei jungen Mädchen besetztes Paddelboot. Während sich die eine Mitfahrerin retten konnte, verlor ihre Begleiterin, weil sie des Schwimmens nicht kundig war. Es gelang aber zwei beherzten Schwimmern, das junge Mädchen zu retten.

Sozialistischer Frauentag

7. September 1930 in Breslau

Der 7. September soll für die Proletarierin des Bezirkes Mittelschlesien zu einem Tage wichtiger Demonstration, freudvoller Erhebung und siegesbewußter Kampfbereitschaft werden. Die Frauen des werktätigen Volkes der Stadt Breslau vereinigen sich in diesem Tage mit den Genossinnen aus dem gesamten Bezirk, um unter roten Fahnen ein Bekenntnis für den Sozialismus abzulegen.

Programm:

- 6. September: Bezirks-Frauentag im Gewerkschaftshaus zu Breslau.
- 7. September: Vormittags Empfang der auswärtigen Teilnehmer. Beschäftigung von Einrichtungen der Stadt Breslau und unserer Unternehmungen. Nachmittags Demonstrationen nach der Jahrhunderthalle. 2 Uhr Festakt mit Fahnenaufmarsch, gemeinsamer Gesang, Kinderchor von fünfhundert Kindern, Sprechchor der SWJ, Rezitation Ansprache und Orgelkonzerte. Abends zwangloses Beisammensein im Gewerkschaftshaus.

Genossinnen und Genossen! Küßt zum Frauentag! Spart für diesen Tag! Keine darf fehlen, die sich zu uns zählt.

Der Bezirksvorstand der SPD.

Die Programmkommission der Frauen.

Ein vernünftiges Gericht

Empfängnisverhütung ist nicht „unzüchtig“

In Deutschland bestehen immer noch Bestimmungen, die den Vertrieb von empfängnisverhütenden Mitteln, obwohl sie auch gegen die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten wirken, außerordentlich beschweren bzw. auf einen Kreis informierter Menschen beschränken und die breite Masse praktisch von dem Erwerb fernhalten. Das Ergebnis ist, daß statt der offenen Klame, die in dem skottischen Desferre, in Polen und der Tschechoslowakei ungehindert ist, mehr oder weniger verdeckte Klame getrieben wird. Aber auch diese wird von der wachsamem Staatsanwaltschaft, der das Mißhandeln von wehrlosen Landarbeitern nur allzuoft keinen Anlaß zum Einschreiten gibt, sorgsam verfolgt. So hatte sich in Elgenitz dieser Tage ein Bunzlauer Landwirt gegen die Anpreisung von „Kegelkugeln zu unzüchtigem Gebrauch“ zu verantworten. Er hatte in seinem Schaufenster, was in

Dittersbach. Die gefährliche Fahrt. Ein mit Fahrgästen besetzter Wagen der Strassenbahn sollte plötzlich in zuletztem Tempo die sehr kalte Bahnhofsstraße in Dittersbach herunter, weil die Bremsen versagten. In einer scharfen Kurve wurden einige Fahrgäste gegen die Scheiben geschleudert, die dadurch in Trümmer gingen. Eine Frau wurde während der Fahrt ohnmächtig. Es gelang, den Wagen nach einigen hundert Metern zum Stehen zu bringen.

Lieben. Sie wollen nicht Soldaten sein. In den letzten Wochen kamen zahlreiche tschechoslowakische Deserteure über die Grenze. In den meisten Fällen trugen sie in voller Uniform und unter Mithahme ihrer Dienstwaffen. Bei ihrer Vernehmung durch die deutschen Behörden gaben bisher sämtliche Fahnenflüchtigen als Grund der Flucht schlechte Verpflegung und Behandlung an.

Reife. Was die Freundin zum Geburtstag schenkte. In einem hiesigen Gasthaus feierte dieser Tage ein junger Mann seinen Geburtstag. Als er mit mehreren Bekannten am Tische saß, wurde ihm als Gruß einer früheren Freundin ein prächtiger Blumenkorb überreicht. Als das Geburtstagskind den Korb aber näher befüchtigte, fand er unter den Blumen versteckt — ein munteres Knäblein. Über den weiteren Fortgang der Geburtstagsfeier wird leider nichts mehr berichtet.

Mittelwalde. Der nasse Tod. Zwei Landwirte, die während der Feldarbeit Lust zum Baden belamen, offenbar aber nicht schwimmen konnten, ertranken hier im sogenannten Beutensteich.

Hindenburg ermäßigt die Badepreise. Die Hindenburg Stadtverwaltung ermäßigte im Gegensatz zu den bekannten Erhöhungsversuchen in Breslau, die Badepreise für das laufende Staatsjahr. Außerdem wurde gegen die Stimmen des Zentrums beschlossen, eine Familienbadanlage im Stadtbad einzurichten.

Aus der Umgebung

Der Brodauer Friedhofstreit

Wann entscheidet der Bezirksauschuß?

Über den sogenannten Brodauer Friedhofstreit, der seit 1924 die Gemüter bewegt, ist in der „Volkswacht“ schon des öfteren berichtet worden. Als wir im April dieses Jahres zum letzten Male zu der Angelegenheit Stellung nahmen, war noch alles unentschieden. Seitdem sind wieder viele Wochen ins Land gezogen, aber man hört nur wenig. Wahrscheinlich wandern die Akten noch immer hin und her. Der letzte Beschluß der um die Unverkümmtheit des religiösen Empfindens bewegten bürgerlichen Brodauer Gemeindevorsteher hatte gelautet:

„Während der Dauer der kirchlichen oder freireligiösen Beilegungsfeierlichkeiten auf dem Friedhof dürfen Laienreden nur gehalten werden, wenn evangelische oder katholische oder der freireligiöse Prediger keine Einwilligung gegeben hat.“

Auch diese Fassung enthält wie alle früheren, obwohl die frommen Gemeindeväter darin schon konzedieren, daß es auch nichtevangelische und nichtkatholische Leute geben kann. Unterlagungsrechte gegen „Laien“. So muß demnach die Aufsichtsbehörde wiederum beanstanden, und zwar war das im Mai 1929.

Inzwischen ist nun aber etwas höchst Uebertrauenes geschehen: Die Aufsichtsbehörde zog aus formalen Erwägungen ihre Beanstandungen zurück, denn es hatte sich herausgestellt, daß die Friedhofsordnung der Gemeinde Brodau vom Kreis-ausschuß überhaupt noch nicht bestätigt worden war. Der Bezirksauschuß konnte also die Angelegenheit nicht verhandeln, da weder die Friedhofsordnung noch die Beanstandung der Aufsichtsbehörde zu Recht bestand, also ein juristisch luftleerer Raum entstanden war.

Die Kirchentreuen in Brodau aber wollen ihren Kreuzzug fortsetzen. Sie haben infolgedessen den Spieß umgedreht und jetzt beim Bezirksauschuß eine Beschwerde gegen den Kreis-ausschuß des Landkreises Breslau eingereicht, weil dieser im März dieses Jahres nachträglich die Bestätigung der Friedhofsordnung ausdrücklich abgelehnt hatte. Ein Ende dieses ergötzlichen Streites ist vorläufig noch nicht abzusehen, da man in der bürgerlichen Mehrheit Brodaus anscheinend gewillt ist, nicht loder zu lassen.

Hoffentlich läßt der Bezirksauschuß mit seiner Entscheidung nicht mehr so lange wie bisher auf sich warten. Am 10. Juli findet noch eine Verhandlung statt, in der er unseres Erachtens noch recht gut diese Angelegenheit zur Entscheidung bringen könnte.

Die Maul- und Klauenseuche

Unter dem Viehbestande des Stellenbesizers Adolf Walter in Leipe und des Fischereipächters und Stellenbesizers Hermann Richter II in Protitz ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Die Gemeinde Leipe-Petersdorf mit dem Bahnhof Dswitz und der Ortsteil Protitz bilden die Sperrbezirke.



Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt

Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-176
Telephon 59060, 59061
Geöffnet von 8-17 und 18-19 Uhr

Neumarkt. Mitgliederversammlung Sonnabend, den 5. Juli, 20 Uhr, im „Gelben Löwen“. Wichtige Tagesordnung.

Schottwitz. Am Freitag, den 4. Juli, 20 Uhr, im Lokal Brodler, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Faulhaber.

Herrmannsdorf. Am Freitag, den 4. Juli, 20 Uhr, im Lokal Gasse, Mitgliederversammlung. Redner ist Genosse Schiffer.

Groh-Nachberg. Am Mittwoch, den 2. Juli, 20 Uhr, im Lokal Gohl Mitgliederversammlung. Gäste sind herzlich eingeladen.

Groh-Nachberg. Am Mittwoch, den 2. Juli, 20 Uhr, im Lokal Gohl Mitgliederversammlung. Gäste sind herzlich eingeladen.

Dienstsanweisung Nr. 32

Katastrophe von Buir vor Gericht — Nicht das Enstern, die Proleten werden angeklagt — Wo war die Dienstsanweisung 32? — Standalöse Vertuschungsmanöver aufgedeckt

Vor dem Erweiterten Schöffengericht in Köln begannen am Montag die Verhandlungen wegen des Eisenbahnunglücks bei Buir, bei dem 15 Personen getötet, 58 verletzt wurden.

Der Lokomotivführer Nordhaus wird zunächst vorerst einen schriftlichen Befehl des Fahrdienstleiters Fischer, das Langsamfahren an der Unglücksstelle anzuordnen, nicht bestritten zu haben. Im Laufe der Untersuchung stellte sich jedoch heraus, daß Fischer dem Nordhaus einen falschen Befehl überlassen hatte. Deswegen wurde auch Fischer in Anklagezustand gesetzt. Nordhaus wurde unter Anklage gestellt, weil er ein Warnungssignal, dessen beide Flügel hochgerichtet waren, kurz vor der Unfallstelle übersehen haben soll.

Nordhaus sagt eingangs der Verhandlung aus, er sei am Montag mit vier Minuten Verspätung von Aachen abfahren und habe sich die größte Mühe gegeben, diese Verspätung wieder einzuholen. Er hat den Vorzieher mit dem neuen Vorsichtsbefehl gesehen; zu gleicher Zeit kam das Anstoppsignal. Den Befehl bekam der Zugführer, der dem Lokomotivführer jurist: Nur 30 Kilometer! Er habe möglichst vor Umbaustrecke die verlorene Zeit herausholen wollen. Die erste Wache passierte ich, so schloß Nordhaus seine Aussage, dann ging die Maschine an, zu schwanken; aber ich hatte noch das Gefühl, geht gut. Dann

schlug die Maschine um.

Der Verlor die Bestimmung. Die Geschwindigkeit muß weit unter 30 Kilometer gewesen sein.

Der Verteidiger Frank-Dortmund wies darauf hin, daß die Dienstsanweisung Nummer 32 in Hamm am Breit nicht angewandt war. Solange dies nicht geschieht, so könne sie nicht als Kraft geltend gemacht werden. Aus der Anklage des angeklagten Fahrdienstleiters Fischer ist hervorzuheben, daß er seit 1905 im Buir war und 1918 Fahrdienst übernahm, aber nur dreimal im Jahr, zu Ostern, zu Pfingsten und zu Weihnachten. Im Buir, also in der Zeit des Unglücks, waren verschiedene Leute im Buir. Deshalb übernahm er wieder den Dienst. Am Montag vor dem Unglück ging ein Telegramm ein, wonach die Dienstsanweisung 32 am Sonntagabend in Kraft treten sollte. Dieses Telegramm gab er an den Fahrdienst weiter. Erst am Sonntagabend wurde bekannt, daß er am Sonntag, dem Tag des Unglücks, Fahrdienst hatte. Wozu bei der Dienstübergabe hat er auch das Dienstbuch bekommen, aufgeschlagen mit der Dienstsanweisung 32. Der Eisenbahnwerkstättenvorsteher Hamm, wo Nordhaus beheimatet war, behauptete, daß der gleiche Vorsichtsbefehl 32 vor dem Unglück

nicht an der Tafel

geschlagen gewesen sei. Auch das Dienstsanweisungstelegramm, das die Dienstsanweisung in Kraft setzen sollte, sei nicht in die Dienstmappe gekommen. — Ein Eisenbahnbediensteter Fischer, Nonnenkamp sagte aus, er habe nach der Dienstsanweisung 32 gefragt, sie aber nirgends gefunden und daher angenommen, daß sie für den Bezirk ohne Bedeutung sei. Deshalb habe er den Telegrammbrief abgelegt. Nach dem Unglück, am Montag, habe er dann die vermisste Dienstsanweisung 32 gefunden. Sie hatte sich in die Dienstsanweisung 33 gegeben. — Staatsanwalt: Auf der Dienstsanweisung 32 steht doch deutlich: „Angeheftet am 23. August, abgenommen am 1. August“. Ist das nicht richtig? Zeuge: Nein, das habe ich

erst am Montag darauf geschrieben.

Ein Bahnamann, Vorzieher des Lokomotivpersonals Hamm, gab an, er habe die Erhebungen vorantastet, ob der Telegrammbrief bekannt gemacht worden sei. Die Angaben der Lokomotivführer darüber seien falsch. Einige Lokomotivführer sagten aus, sie hätten den Aushang über dem Telegrammbrief nicht gesehen. Ein Lokomotivführer erklärte, der Werkstättenvorsteher habe gesagt, die Lokomotivführer sollten doch die Dienstsanweisung 32 gesehen hätten. Es handele sich ja nur um eine Formsache. Ein Heizer, der auf einem Personenzug die Lokomotive fuhr und sich, als der D-Zug 23 auf dem Bahnhof Düren stand, auf dem benachbarten Gleis befand, behauptete mit Bestimmtheit, daß der Fahrdienstleiter nicht an der Lokomotive gewesen sei. Der Fahrdienstleiter in Düren habe dem Fahrer des Unglückszuges etwas zugerufen, was dieser aber

kaum verstanden

haben konnte, da im gleichen Augenblick die Lokomotive Dampf abließ.

Reichsbahnbeamter Sassenheide-Hamm erklärte, daß er Nonnenkamp zwar den Vorsichtsbefehl überreicht, aber nicht darüber erfahren habe, ob er tatsächlich ausgelegt worden sei. Als Nonnenkamp von dem Unfall erfahren habe, habe er nach dem Vorsichtsbefehl gefragt, ihn auch gefunden und nachträglich ausgehängt. Er habe sogar das Datum des Tages hinzugefügt, an dem der Vorsichtsbefehl in Hamm eingegangen sei, so daß die Auffassung habe erweckt werden müssen, daß der Vorsichtsbefehl bereits am dem Sonntagabend vor dem Unglück ausgehängt gewesen sei. Eräter hat Sassenheide zehn Lokomotivführer eine Erklärung unterschreiben lassen, nach der sie den angehängten im Lokomotivführer-Aufenthaltsraum ausgehängten Vorsichtsbefehl gesehen haben. Die Lokomotivführer wurden gedrängt, ihre Unterschrift zu geben, „da es sich nur um eine Formsache handele.“

Angeichts dieser skandalösen Vorgänge, die offenbar rechtlos vertuscht werden wollten, beantragte sich des Gerichtshofes eine große Erregung.

Bandit Motilal Nehru



Der 72jährige Präsident des allindischen Nationalkongresses ist wegen „Aufforderung zur Steuerverweigerung und zum wirtschaftlichen Boykott“ verhaftet worden.

In der Lüneburger Heide

Jugendliche Banditen überfallen Autos

In der Lüneburger Heide wurden zwei 17jährige Burken und ein 15jähriges Mädchen bei dem Verbrechen, ein Auto zu überfallen und mit vorgehaltenem Revolver von den Insassen Lösegeld zu erpressen, nach längerem Feuerkampf verhaftet. Der wenigen Tagen war es dem Klebstatt gelungen, ein von Lüneburg nach Rathjen fahrendes Auto zu überfallen und 100 Mark Lösegeld zu erpressen.

Ein Opfer der Befreiungsfeier

Der 27jährige Schlosser Walter aus Rüsselsheim fuhr mit seinem Vater mit dem Motorrad nach Mainz zur Befreiungsfeier. Unterwegs stießen sie mit einem anderen Motorrad zusammen. Alle drei Fahrer blieben schwerverletzt liegen. Ein vorüberfahrendes Privatauto brachte den einen Verunglückten in das Krankenhaus in Mainz, während die beiden anderen, da man sie für tot hielt, liegen blieben. Ein zweites Personenauto fand sie dann schwerverletzt auf und brachte sie gleichfalls nach dem Mainzer Krankenhaus. Der junge Walter ist dort dem Schädelbruch, den er erlitten hatte, erlegen.

Der Rindertod in Lübeck

Die Zahl der Todesfälle unter den mit dem Tuberkulosepräparat nach Calmett behandelten gefütterten Säuglingen hat sich auf 47 erhöht. Krank sind noch 72, geheilt 73, gesund 59 Säuglinge.

Defobra schrieb keinen Schund

Eine Entscheidung der Schund- und Schmutzstelle

Auf Antrag des sibirischen Maximilianers Frida beschäftigte sich die Berliner „Prüfstelle für Schund und Schmutz“ mit der Frage der Einreichung mehrerer Romane des französischen Autors Defobra in die Schund- und Schmutzliste. Nach kurzer Beratung wurde der Fridasche Antrag kostenpflichtig abgewiesen.

5 Tote bei einem Autounfall

In der Nähe von Neuen ereignete sich am Dienstag vor-mittag ein tragisches Automobilunglück, dem fünf Menschenleben zum Opfer fielen. Ein Auto, in dem drei Personen saßen, kam ins Schleudern und fuhr in eine aus vier Personen bestehende Gesellschaft, die an der Straße auf einem Rasen lagerte. Der Wagen überschlug sich und begrub drei Personen unter sich, die auf der Stelle getötet wurden. Auch der Führer des Wagens fand sofort den Tod; seine Begleiterin starb auf dem Transport zum Krankenhaus.

Die Leiche im Landwehrkanal

Unbekannter Mörder verpackt sein Opfer in Einzelpakete — Wer ist der Ermordete?

Montag abend wurden aus dem Berliner Landwehrkanal wiederum zwei Pakete gelandet, in denen sich Teile der männlichen Leiche, die am Sonntag aus dem Landwehrkanal geborgen wurde, befanden. Die Beine fehlen jedoch noch. Der Fund erregte großes Aufsehen.

Abends, gegen 19.30 Uhr sah ein Arbeiter an der Potsdamer Brücke ein Paket im Landwehrkanal schwimmen. Der Mann, der durch die Zeitung von dem Verbrechen gelesen hatte, vermittelte sofort einen Zusammenhang mit dem Totfund vom Sonntag und benachrichtigte die Polizei. Zufällig weilten Beamte der Mordkommission in der Nähe der Fundstelle. Mit größter Vorsicht wurde das Paket geborgen; es war gleichfalls mit einer fast neuen Zuckerschmuck eingewickelt. Das Paket wurde sofort zum Leichenhaus geschafft, wo es Photographen zunächst im Lichtbild festhielten. Sodann wurde an die Öffnung des Paketes gegangen.

Die äußere Hülle bestand aus Sackleinwand. In grünlichem Packpapier und mehreren Zeitungsbogen befanden sich die

beiden Oberextremitäten

mit einem Teil des Unterleibs. Während die Kriminalkommissionare und der Gerichtsarzt noch mit dem gräßlichen Fund beschäftigt waren, lief die Nachricht von einem weiteren Fund ein. Diesmal wurde in der Nähe

der Möckernbrücke von einem Passanten im Wasser ein Paket entdeckt, das sich in der schwachen Strömung des Kanals langsam fortbewegte. Ein Schupo-Beamter machte den Rettungsfahrer los und holte das Paket ans Land. Der letzte Fund war das Granathafte, was jemals gesehen worden ist. Es enthielt den Kopf und in einem Pappkarton

die Eingeweide des Ermordeten.

Das Gesicht war bis zur Antennenspitze verkrüppelt. Die Nase, die Ohren, sowie die Ober- und Unterlippe waren abgetrennt, und das Gebiß zertrümmert. Der Mörder hat bei der Verkrüppelung so sorgfältig gearbeitet, daß sich sogar das ungefähre Alter schwer schätzen läßt. In dem Pappkarton lagen mit braunem Packpapier die Gedärme und ein Teil der inneren Organe des Opfers. Auch hier ist dieselbe Umhüllung, Sackleinwand, Packpapier und eine Zuckerschmuck verwendet worden.

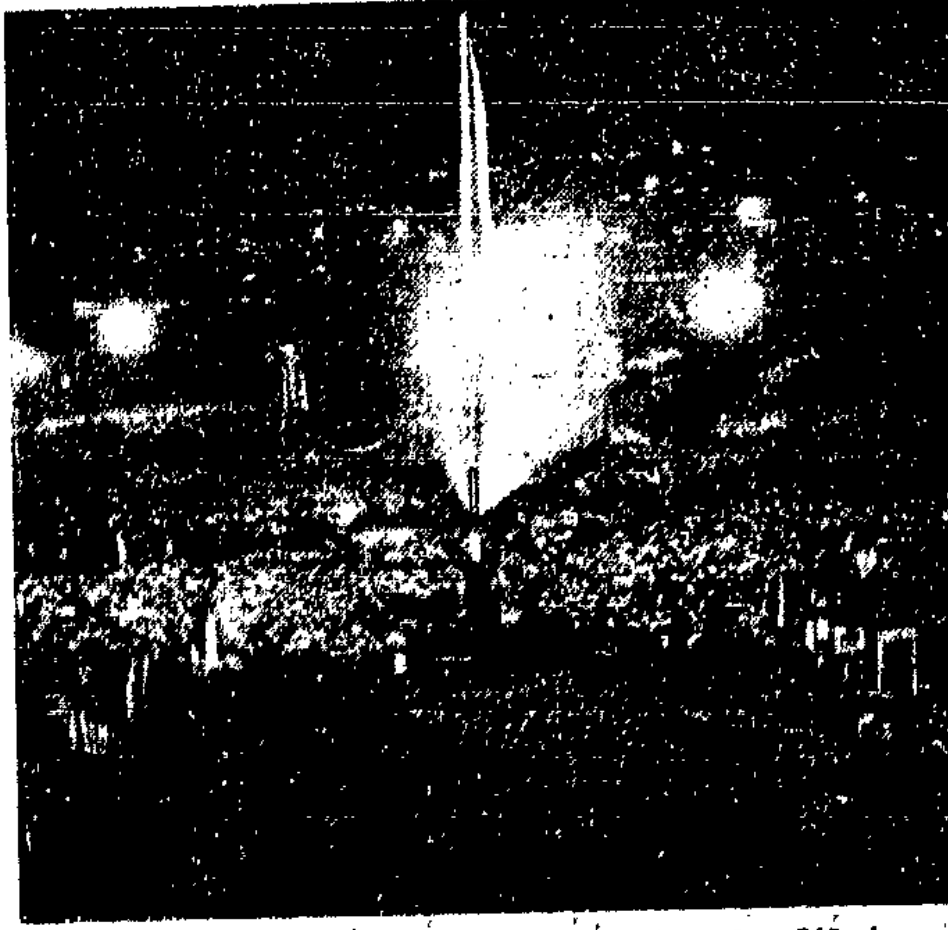
Die Berliner Mordkommission ist bemüht, Licht in das Dunkel des grauenhaften Verbrechens zu bringen. Die Arbeit wird natürlich dadurch außerordentlich erschwert, daß bisher nicht die geringsten Anhaltspunkte über die Person des Ermordeten vorliegen. Durch Säulenanschlag werden dem Publikum wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen die photographisch aufgenommenen Väter gezeigt werden. Vielleicht gelingt es hierdurch, einen Fingerzeig zu erlangen, der auf die Spur des geheimnisvollen Mörders führt.

Der Weltkrieg beendet



Wie das Militär

Salut des großen Weltmordens feiert. Ein Salut der Schilbatterie der Reichsmarine im Aufzuge vor dem



Die nächtliche Befreiungsfeier in Mainz



Deutsche Schutzpolizei

rückt, da die entmilitarisierte Zone für die Reichswehr gesperrt ist, am Nachmittage des 28. Juni über die Rheinbrücke bei Kassel in Mainz ein.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Deutsche Arbeiter in Frankreich

Arbeitervermittlung nach Luxemburg und Lothringen

Man sollte meinen, jedermann in Deutschland würde es angeht, die großen Arbeitslosigkeit begründen, daß die Vermittlung deutscher Arbeiter nach Frankreich von den westlichen Grenzgebieten aus in der jüngsten Zeit einige Fortschritte gemacht hat; denn nichts kann die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich verlässlicher gestalten, als ein gegenseitiges Zusammenarbeiten zur Verringerung der Arbeitslosigkeit, unter der Deutschland — auch infolge des verlorenen Krieges — besonders schwer zu leiden hat. Allein den berufsmäßigen Vermittlern nahe gegenwärtige Hilfe nicht in ihrem Kram. So bringen es die Nationalsozialisten fertig, von einem Geheimabkommen zwischen Frankreich und Deutschland zu phantastieren, wonach deutsche Arbeiter zu Hungerlöhnen auf französischem Gebiet beschäftigt werden. Die Arbeitervermittlung nach Luxemburg und Lothringen soll den Hitler-Heiden ihre Legende vom Sklavenexport stützen. Vor allem wollen sie der Arbeitslosenversicherung, den Gewerkschaften und nicht zuletzt den in den Grenzgebieten tätigen Sozialdemokraten eins auswischen.

daß Kommunist. Der Unterschied ist wirklich nicht groß — der eine ist so gut eine Schande für die Arbeiterbewegung wie der andere.

Nord-West hat neue Differenzen

Zellweise Arbeitsniederlegung wegen des Waffenniederbaues

In der Gruppe Nordwest der deutschen Eisenindustrie trat am Dienstag der Waffenniederbau in Kraft. Aus diesem Grunde kam es in zahlreichen Betrieben zu Arbeitsniederlegungen.

In Dortmund feiern bisher in zwei Betrieben 426, in Gelsenkirchen in zwei Betrieben 720, in Hattlingen in einem Betrieb 240 Arbeiter. In Bochum feiern bis jetzt in drei Betrieben 580, in Essen bei Krupp 1200 Arbeiter, in Düsseldorf in elf Betrieben 1640 Arbeiter und in Oberhausen in einem kleinen Betrieb elf Arbeiter, denen ein besonders hoher Abzug zugewiesen wird. In Duisburg feiern bei den Reichswerken 550 Arbeiter. In Mülheim haben 8000 Arbeiter die Arbeit niedergelegt, und zwar bei Siemens-Schuckert 1700, auf der Friedrich-Wilhelm-Hütte 2000 und im Stahl- und Walzwerk Thyssen 5000.

Vorerst haben insgesamt etwa 20 000 Metallarbeiter es abgesehen, den von den Unternehmern diktierten durchschnittlichen Lohnabbau von 7½ Prozent hinzunehmen. Die Zahl dürfte sich heute und in den nächsten Tagen noch wesentlich vergrößern.

In Hagen haben die Arbeiter des Hager-Eisenwerkes die Lohnabbauverordnungen geschloffen mit der Arbeitsniederlegung geantwortet. Der Betrieb beschäftigte etwa 3000 Arbeiter.

Wieder einmal radikal

Der Christliche Metallarbeiter-Verband hat beschlossen, sowohl das Arbeitszeit-Abkommen, als auch das Lohnabkommen mit der Gruppe Nordwest am 1. August zum 30. September zu kündigen. Er versucht allem Anschein nach auch diesmal, wie bei der Kündigung des Rahmenarbeitsvertrages, die übrigen Gewerkschaften zu übertrumpfen.

Eingreifen der Behörden im Mansfelder Arbeitskampf

Halle, 2. Juli. (Eigener Fundbericht.)

Zahlreiche Behörden und Behördenvertreter des Mansfelder Gebietes haben an den Reichsarbeitsminister Eingaben mit dem Ersuchen gerichtet, unverzüglich die Beendigung des Wirtschaftskampfes bei der Mansfeld-U.G. herbeizuführen. Ähnliche Ersuchen sind dem Demobilisierungskommissar in Merseburg zugegangen.

Warum 40 statt 20 Milliarden?

Von Wilhelm Reil, M.d.R.

Während der Beratung des 1925 vom Reichstag verabschiedeten Anleiheablosungsgesetzes ist die Summe des Anleiheablosungsrechtes zu teilen war, auf 20 Milliarden Papiermark geschätzt worden. Das auf Grund dieses Gesetzes durchgeführte Umlaufverfahren hat aber einen Aufschlag von 20 v. H. auf 24 Milliarden Papiermark ergeben. Die Folge ist, daß für die Auslösung der Anleiheanleihe, die sich in gleichen Jahresabschnitten vom Jahre 1926 bis zum Jahre 1956 erstreckt, statt der ursprünglich angenommenen 120 Millionen nun rund 240 Millionen jährlich im Reichsetat zur Verfügung gestellt werden müssen, wozu noch 71 Millionen für Vorzugsrenten kommen.

Die große Ueberraschung, die diese Feststellung für die Öffentlichkeit bedeutete, ist zu erklären versucht worden mit dem Hinweis darauf, daß seinerzeit feste Anleihepunkte für die Schätzung nicht zur Verfügung gestanden hätten. Sie beruht aber zum erheblichen Teil auf dem Umstand, daß von den Banken unter gewalttätiger Auslegung der Gesetzesvorschriften große Summen von Anleihebesitz als Mißbehalt angelehnt wurde, der nicht, wie das Gesetz vorschreibt, nachweislich vor dem 1. 7. 1920 erworben und dem Gläubiger seitdem ununterbrochen gehört hat. Es handelt sich hier um Anleihebesitz, der bei den Banken deponiert, vor ihnen ohne Auftrag des Besitzers in der Inflationszeit verkauft und später durch neugekauft wurde. Die zuständigen Behörden haben in diesem Falle das Vorliegen von Mißbehalt anerkannt und Auslösungsrechte zugeteilt.

Daneben bestand der Verdacht, daß in zahlreichen Fällen Anleihegläubiger oder ihre Beauftragten in betrügerischer Absicht Anleihebesitz als Mißbehalt angemeldet haben, denen die Eigenschaft des Mißbehalt fehlte. Dieser Verdacht wurde stark genährt durch die Manipulationen, die sich Stinnes und Konsorten auf diesem Gebiete leisteten. Eine Denkschrift, die noch unter der Verantwortung des Reichsfinanzministers Dr. Kähler aufgestellt wurde, trat der Annahme entgegen, als ob für einen Anleihebesitz, der kein Mißbehalt im Sinne des Gesetzes war, in nennenswertem Maße durch betrügerische Handlungen der Reichsfinanzverwaltung die Anerkennung als Mißbehalt erreicht worden wäre. Da jedoch diese Denkschrift nicht allen Verdacht zu beseitigen vermochte, wurde im Oktober 1928 von Reichsfinanzminister Dr. Hilferding eine Kommission mit der Nachprüfung von 8000 Mißbehaltanträgen beauftragt. Der Bericht über das Ergebnis der Arbeit dieser Kommission erstattet von der Deutschen Revision und Treuhänd-U.G. liegt nunmehr vor. Gemäß dem Inhalt dieses Berichtes ist die Frage, ob sich bei der Prüfung Anleihebesitzpunkte dafür ergeben haben, daß der große Unterschied zwischen der ursprünglichen Anleihebesitzschätzung des Reichsfinanzministeriums und dem nachher anerkannten Mißbehalt in einem ins Gewicht fallenden Umfang auf unberechtigter Zuerkennung von Mißbehalt zurückzuführen sei, wird von der Revision und Treuhänd-U.G. auf Grund ihrer Feststellungen ohne weiteres verneint. Es finden sich in dem Bericht aber eine ganze Reihe von Mitteltungen, die gegenüber dieser Feststellung zu berücksichtigen sein. Die nachgeprüften 8000 Mißbehaltanträge stellen nur einen verschwindenden Bruchteil der insgesamt 8,8 Millionen Anmeldeungen von Mißbehalt dar. Daran abert auf die Tatsache nicht viel, daß die nachgeprüften Anträge meist solche mit höheren Beträgen waren. Die Nachprüfung war aus verschiedenen Gründen sehr erschwert. Es fehlte an den Originalbelegen, die auf eine Verletzung des Reichsfinanzministeriums für Anleihebildung in zahlreichen Fällen den Reichsfinanzminister zurückzuführen mochten sind. Aber auch die Durchsicht der noch bei den Banken befindlichen Beweismittel erlaubte kein strenges Urteil mehr darüber, ob die vom Reichsfinanzministerium behaupteten über Mißbehalt als unrichtig zu bezeichnen sind.

Taschen zu!

Kommunistische Bettelstrolche angeblich für Mansfelder Streikenden

Der kommunistische Bettelstrolch geht um. Die einige Stellen des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter — nicht Mansfelder, sondern anderer Reviere — melden, werden Sammlungen für die Mansfelder Streikenden veranstaltet. Es kann sich dabei nur um kommunistische Sammlungen handeln. Die Gewerkschaften haben damit nichts zu tun und fordern ihre Mitglieder auf, sich an diese Sammlungen nicht zu beteiligen.

Für die Löhne der Moskauer MAS sind die Arbeiterbetriebe zu schade. Bettelstrolche sind erfahrungsgemäß die teuersten Suppen; die Köche, die diese zubereiten, arbeiten am allerwertigsten umsonst.

Lohnbewegung auf den amerikanischen Gruben

Vertreter der amerikanischen Grubenbesitzer und Grubenarbeiter verhandeln jetzt über den Abschluß eines neuen fünfjährigen Lohnvertrages. Der gegenwärtige noch geltende Tarif läuft am 1. September ab. Die Gewerkschaften fordern die Beibehaltung des bisherigen Lohnes, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Sicherung gegen Entlassungen. Man hofft die Verhandlungen zu einem für beide Teile zufriedenstellenden Ergebnis abzuschließen zu können.

Affordreduzierungen um 25% im Raupenbau der Linke-Hofmann-Buschwerke U.G. in Breslau

Seit längerer Zeit ist den Drehern und Maschinenarbeitern im Raupenbau der Linke-Hofmann-Busch-Werke von seitens der Betriebsleitung bekanntgegeben worden, daß durch Einführung von Teil-Affordrabarkeit eine Herabsetzung des Affordrabehältes bis 25 Prozent stattfinden muß. Verhandlungen hatten nicht den Erfolg, daß die Betriebsleitung die Zurücknahme der angebotenen Affordreduzierungen veranlaßte, sondern Herr Direktor Dellinger erklärte am Donnerstag, den 28. Juni, vormittags, der Verhandlungskommission, daß eine Zurücknahme der Affordreduzierungen nicht zu denken sei, da in Breslau der Verdienst über dem Reichsdurchschnitt liege und eine Senkung des Verdienstes unter allen Umständen stattfinden muß. Nachdem die Kollegen zu widerholten Malen unterbreitet worden waren haben am Donnerstag, den 28. Juni, 49 Arbeitnehmer die Arbeit im Raupenbau eingestellt.

Die Firma versucht nun die von den Kollegen verweigerte Arbeit wo anders fertigstellen zu lassen.

Wir erziehen die Kollegenenschaft allerorts acht zu haben, daß in ihren Betrieben nicht Arbeiten für Raupenschlepper in Breslau geleistet werden. Diese Arbeiten sind abzulehnen. Versteht sich von selbst, daß nur Solidarität uns in diesen Kämpfen gegen die Herabsetzung der Verdienste zum Erfolg verhelfen kann.

Wie steht es mit der Arbeitervermittlung nach Luxemburg und Lothringen in Wirklichkeit? Maßgebend für die Vermittlung ist der Arbeitsamtsbezirk Trier. Das an der Grenze liegende Hochwaldgebiet ist fast nur von armen Leuten bewohnt, die ein bißchen Ackerland, oft von weniger als 10 Morgen, haben und daher gezwungen sind, auswärts zu arbeiten. Seit langem bestand ein reger Grenzverkehr zwischen dem Trierer Gebiet und den angrenzenden luxemburgischen und lothringischen Industriebezirken. Der Krieg hat diesen Verkehr unterbrochen. An die Stelle der deutschen Arbeitskräfte traten Tschechen und Polen. Erst allmählich wurde das lothringisch-luxemburgische Industriegebiet wieder für deutsche Arbeiter aufnahmefähig, nicht zuletzt durch direkte Fühlungnahme der Leitung des Trierer Arbeitsamts mit den lothringischen Gruben und dem luxemburgischen Arbeitsamt sowie mit den Reparationsfirmen. Zurzeit sind in Luxemburg und Lothringen 900 deutsche Arbeiter vom Arbeitsamt untergebracht, dazu kommen die Arbeitskräfte, die ohne Vermittlung des Arbeitsamtes drüben Arbeit gefunden haben; deren Zahl ist noch höher. Aus dem Reichsgebiet Wabern sind z. B. 800 Arbeiter in Lothringen beschäftigt; 980 Arbeiter sind neu angefordert; deren Vermittlung kann jedoch erst erfolgen, wenn die Verträge von Paris genehmigt sind. Dauernd werden direkt über die Grenze Maurer gesucht. So hat z. B. eine Baufirma, die eine Festungsbau baut, das Arbeitsamt Trier gebeten, ihre 300 Maurer zu vermitteln. In den letzten Tagen war es dem Arbeitsamt möglich, mit einer lothringischen Grube in Kreuzwald (nahe der deutschen Grenze) wegen Aufnahme von Bergarbeitern zu verhandeln, so daß dort 250 Bergarbeiter unterkommen können.

Der Trierer Bezirk hat alle Veranlassung, die Arbeitervermittlung nach drüben zu fördern. Seine Arbeitsmarktlage ist außerordentlich schlecht. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger beträgt zurzeit rund 5400 gegen 3800 im gleichen Zeitpunkt des vergangenen Jahres. Mit der Bautätigkeit steht es außerordentlich schlecht aus. Durch die Bergarbeiterentlassungen im Saargebiet wird die Grenznot nicht verbessert. Auf den Bezirk des Arbeitsamts Trier entfallen von den am 1. Juni entlassenen rund 2000 Berleuten mindestens 500. Kein Wunder, wenn von Trier aus, das eigene Arbeitsmöglichkeiten kaum besitzt, alle Hände in Bewegung gesetzt werden, um für die drückenden Arbeitskräfte jenseits der Grenze Verdienst und Brot zu schaffen.

Wie steht es mit den Löhnen drüben? Die niedrigsten Löhne, die in dem in Frage kommenden Gebiet bezahlt werden, sind die der Eisenbahnerbauarbeiter in Lothringen, die einen Stundenlohn von 3,56 Franks, gleich 0,56 Mark, beziehen. Dazu kommt die sogenannte Saargängerunterstützung, deren Höhe sich nach der Entfernung von der Heimat richtet; sie beträgt für Verheiratete höchstens 44 und für Unverheiratete höchstens 34 Mark monatlich. Alles zusammen ergibt das einen Stundenlohn von 73 bzw. 70 Pfg. Die Löhne der Maurer und Bergarbeiter sind höher. So verdient ein Maurer mindestens 4,40 Franks pro Stunde, der Kohlenhauer durchschnittlich 42,50 Franks pro Tag. Auf diesen Arbeitern wird die Saargängerunterstützung gezahlt. Und herüber in den Bezirk Trier? Tiefbauarbeiter erhalten Tariflohn — allerdings nur im Bezirk der Stadt Trier, da im übrigen Teil ein Tarifvertrag nicht besteht — 87 Pfg. Die Löhne der Tiefbauarbeiter auf dem Lande betragen 50 bis 60 Pfg. Eisenbahnerbauarbeiter erhalten 70 Pfg. Stundenlohn, die Weinbergarbeiter 44 Pfg. die Hilfsarbeiter in der Metallindustrie 58 Pfg., die Arbeiter in den Raff- und Dolomitwerken 58 Pfg., und die der Schmelzeindustrie des Eisengebietes 60 Pfg. Die Verpflegung und Unterkunft beträgt in Lothringen in Privatquartieren 14 bis 16 Franks, in den Verheiraten und in den Unterküchen mit Kantinenverpflegung 12 bis 14 Franks. Oberhalb Grundlohn der Arbeitervermittlung ist, daß der deutsche Arbeiter drüben mindestens den gleichen Lohn erhält wie der lothringische oder luxemburgische Arbeitstollege. Der deutsche Arbeiter soll nicht Sklave der französischen Unternehmer sein.

Und die „Zwangsmassnahmen“, die das Arbeitsamt bei der Arbeitervermittlung nach Lothringen und Luxemburg anwendet? Nur in den Fällen, wo aus wichtigen Gründen die Aufnahme von Arbeit in den traditionsgemäß vom Trierer Bezirk aus beschickten lothringischen und luxemburgischen Bergbau- und Industriegebiet abgelehnt worden ist, wurde von der Sperrfrist des § 98 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes Gebrauch gemacht. Selbstverständlich werden die drüben beschäftigten Arbeiter neue Unterstützungsantragstellungen. Von einer Verklammerung deutscher Arbeiter kann also nicht die Rede sein.

Kommunisten und Selbe

Zwischen gelben Werkverleibern und Kommunisten besteht eine enge geistige Verbundenheit. In einer Mitteilung einer Chemnitzer Maschinenfabrik waren ein Werkverleiber und ein Kommunist mit der gleichen Arbeit beschäftigt. Obwohl der Kommunist neun Jahre und der gelbe erst drei Jahre im Betriebe tätig war, sollte der Kommunist entlassen werden. Er wandte sich an den Betriebsrat, sein Einspruch wurde als berechtigt anerkannt und weil er länger im Betriebe war, war die Firma bereit, die Kündigung zurückzunehmen. Während der Verhandlungen wurde der Gelbe vom Betriebsrat gefragt, ob es wahr sei, daß er keine Frau arbeiten lasse, obwohl er verheiratet ist. Er antwortete: „Ja, das ist richtig.“ Der Betriebsrat fragte den Kommunisten, ob er seine Frau arbeiten lasse, obwohl er verheiratet ist. Er antwortete: „Ja, das ist richtig.“ Der Betriebsrat fragte den Kommunisten, ob er seine Frau arbeiten lasse, obwohl er verheiratet ist. Er antwortete: „Ja, das ist richtig.“

Vor allem war die Nachprüfung bei Anträgen ausländischer Vermittlungsstellen fast unumgänglich gemacht, bei denen die Zuerkennung von Auslösungsrechten auf Empfehlung der eingeleiteten Sonderkommissionen erfolgt war, sich ihre Arbeit leicht gemacht hatten. Ebenso schwer war die Nachprüfung der Eigen- oder Notroanträge der Banken. Ueber die seinerzeit vom Reichskommissar geordneten Nachprüfungen bei den Banken fand sich oft, auch auf große Stimmen lautenden Anträgen, nur der Vermerk: „Geprüft und in Ordnung gefunden“. Genau Richtlinie für die Nachprüfungen waren vom Reichskommissar nicht herausgegeben. Die Prüfer sollten mündlich (!) Anweisungen erhalten haben. Auch bestanden keine Grundzüge für die Art der Beweisunterlagen, die bei Notroanträgen der Banken zu fordern waren. In dem Anleihebesitzverträgen, in das die von der Reichsanleihe U.G. nach dem 30. Juni 1920 wieder in Verkehr gebrachten Stücke eingetragen wurden, sind zahlreiche Fehler festgestellt worden. Bei den zum Zweck der Berichtigung dieser Fehler vorgenommenen Rückfragen ließ sich nicht mehr feststellen, ob die Aufnahme der Stücke ins Anleiheverzeichnis zu Recht oder zu Unrecht erfolgt ist. Die Depotbescheinigungen ausländischer und besonders inländischer Banken, die zur Begründung des Mißbehalt dienen, konnten schon deshalb im Einzelnen nicht nachgeprüft werden, weil die ersten Versuche ergaben, daß der Kauf und Verkauf von Depotstücken mit späterem Rückkauf so häufig vorgenommen sein müssen, daß eine Fortsetzung dieser Nachprüfungen zu positiven Ergebnissen nicht hätte führen können.

Die Prüfungskommission war bei ihren Nachforschungen auf die Mitwirkung des Reichskommissars angewiesen. Wenn es sich dabei um Nachforschungen nicht bei Behörden, sondern bei Unternehmen handelte, hat der Reichskommissar, wie der Bericht zeigt, die Anregungen der Kommission, meist nur dann verfolgen können, wenn die geltendgemachten Beanstandungen nach seiner Auffassung als Handhabe für eine Wiederaufnahme der Verfahren in Betracht kamen. — Auf diese und andere Ursachen ist es zurückzuführen, daß in 94 Fällen mit einem Anmeldebetrag von 50,5 Millionen zur Frage der Richtigkeit der Mißbehaltbehauptungen nicht Stellung genommen werden konnte, weil die Beweisunterlagen fehlten. In 16 Fällen mit 6,7 Millionen wurden bei der Nachprüfung Widersprüche und Unklarheiten festgestellt, die nicht mehr aufzuklären konnten. In 21 Fällen mit 25,0 Millionen Anmeldebetrag ist festgestellt worden, daß 20 Millionen Zusprüche erfolgt sind, davon in 20 Fällen zugunsten des Reiches. Die Entscheidungen wurden nachträglich abgeändert. Der Wert der aus erfolgten Auslösungsrechte ist aber nur schwer zurückzuführen. Wenn auch der größte Teil der festgestellten Fallanmeldungen aus dem Ausland kam und bei den Zulassungsanmeldungen die erdrückende Mehrheit darstellte, also nur wenig Fallanmeldungen nachzuweisen waren, so muß man die Erklärung der Prüfungskommission, das Gesamtbild sei ein verhältnismäßig günstiges, doch mit einer starken Dosis Skepsis aufnehmen. Auch der Bericht selbst läßt zu: „Die Feststellung dieses Prüfungsergebnisses bedarf allerdings insofern einer wesentlichen Einschränkung, als der Wert der uns zur Verfügung stehenden Hilfsmittel so beschränkt war, daß durchaus mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß in einzelnen der von uns geprüften Fälle noch unrichtige Mißbehaltbehauptungen aufgestellt worden sind, die von uns nicht ermittelt werden konnten. Dies gilt vor allem für die ermittelten Anträge, bei denen Depotbescheinigungen deutscher Banken als Beweismittel dienen.“

